

MOMENT

Gazette für Menschenrechte 3/2007
Herausgeberin: SOS Mitmensch,
Postfach 220, A-1070 Wien,
<http://www.moment.at>



Gazette für Menschenrechte #9

**DIE REVOLTE VON
PABNEUKIRCHEN**
Flüchtlinge beschützen

AGAINST IDENTITY!
Wege aus der Identitätsfalle

DEEP, DOWN & DIRTY
In den Kellern des Islam



DIE STAATSBÜRGERSCHAFT ALS KRÖNUNG

DER GROSSE INTEGRATIONSSCHWINDEL



NiM SOFYAN

Gewinner des "World Music Award 2004"



Neue CD
Divane-hopelessly in love
www.nimsofyan.com

GUT - S(CH)EIN



Wer bis Ende des Jahres mit diesem Gutschein in der Brillenmanufaktur einkauft, weiß, dass 5 % seiner bzw. ihrer Brillenrechnung direkt an SOS Mitmensch überwiesen werden.

Brillen.manufaktur®

Nikolaus Hauser

Neubaugasse 18 1070 WIEN T/F +43 01 523 82 00

Es lebe die Lebensfrohnatur

Es lebe die Stadt!

In der Stadt mit der höchsten Lebensqualität in der Europäischen Union lebt jeder gerne. Kein Wunder, die Wiener Stadtwerke investieren jährlich über 700 Millionen Euro in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und in umweltschonende Technologien. Und damit in die Lebensfreude der Wiener. Noch mehr Lebensqualität gibt's unter www.wienerstadtwerke.at



**WIENER
STADTWERKE**

MOMENT EDITORIAL

IMPRESSUM

MOMENT Redaktion

c/o SOS Mitmensch
Zollergasse 15, 1070 Wien
T +43.1.524 99 00, F +43.1.524 99 00-9
redaktion@moment.at
http://www.moment.at

REDAKTION

Leitung: Gunnar Landsgesell (gun), Gerfried Balzer (balz), Magdalena Blaszcuk (Bilder), Petja Dimitrova (Illustrationen), Bernhard Kummer (Bilder), Philipp Sonderegger (phs), Paul Sturm (Bilder), Sabine Zhang

AUTORINNEN DIESER AUSGABE

Margit Appel, Berthold Eder, Marie Haderer, Herbert Langthaler, Elvier Kühlraum, Robert Misik, Ernst Pohn, Martin Schenk, Rainer Schüller, Maria Sterkl, Barbara Stöckl, Andreas Ungerböck, Andi Wahl, Michael Weiß, Baruch Wolski, Marie-Nöelle Yazdanpanah

PROJEKTLEITUNG

Sabine Zhang

GRAFISCHES KONZEPT

Theo Kammerhofer

COVERBILD

Bernhard Kummer

LEKTORAT

Bettina Müller

DRUCK

Ferdinand Berger & Söhne GmbH
Pulverturmstraße 3A
1090 Wien

ANZEIGEN

Bianca Wawra
anzeigen@moment.at
T +43.1.524 99 00-40

ABOS

Sabine Zhang
abos@moment.at
T +43.1.524 99 00-66,

VERTRIEB

Die Presse, 35.000 Stück
Die Bunte Zeitung, 20.000 Stück
freie Verteilung, 20.000 Stück

HERAUSGEBERIN

SOS Mitmensch
Postfach 220, 1070 Wien
T +43.1.524 99 00, F +43.1.524 99 00-9
office@sosmitmensch.at
http://www.sosmitmensch.at
ZVR: 227475709

AUFLAGE

75.000 Stück

SPENDEN

PSK 60000 Kto 91.000.590

OFFENLEGUNG

MOMENT ist das Medium von SOS Mitmensch gegen Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte, Demokratie und Migration. Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung der Quelle und Übersendung von Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien liegen bei den UrheberInnen. Falls kein/e UrheberIn ausgewiesen ist: SOS Mitmensch.

Beim Reden über Integration wird oft gesagt: „Die sind so“. Bilder zeigen aber, dass wir manchmal scharf und klar umrissen sind, manchmal in Bewegung.



Bild: Bernhard Kummer

Liebe Leserin Lieber Leser

Die Ereignisse der vergangenen Wochen haben der Debatte über die „Integration“ eine neue Hochkonjunktur beschert. Nur selten verbergen sich hinter ein und demselben Begriff derart unterschiedliche Vorstellungen. Grund genug, sich einen MOMENT lang mit den Konzepten zu beschäftigen, die sich hinter diesem so großen Wort verbergen. Bei Integrationsforscher Bernhard Perching fragen wir nach, welche Gesellschaftsbilder sich in gängigen Integrations-Modellen verbergen. Wir wollen aber nicht verhehlen, dass wir einen eigenen Standpunkt vertreten. Mit Robert Misik meinen wir, dass schon in der Identitätsfalle steckt, wer nicht über ein „Wir“ (z.B. die InländerInnen) und ein „Sie“ (die ZuwanderInnen, die MuslimInnen) hinauskommt.

Letztlich geht es darum, die Kulturalisierung gesellschaftlicher Konflikte zu bekämpfen, denn sie entziehen gesellschaftliche Interessensgegensätze der demokratischen Verhandbarkeit. Wenn es über ganze Bevölkerungsgruppen heißt, dass die „einfach so sind“, na dann wird man halt auch nichts machen können. Tatsächlich stellt sich die Notwendigkeit, dem einen politischen Ansatz entgegenzusetzen, der gesellschaftliche Defizite benennt und konkrete Gegenentwürfe bietet: Margit Appel fordert ein bedingungsloses Grundeinkommen, Philipp Sonderegger argumentiert für eine Residenzbürgerschaft und die Gemeinde Papneukirchen kämpft wie viele andere für ein Bleiberecht für Flüchtlingsfamilien. Drei gesellschaftliche Projekte, die Grundlage dafür sein könnten, die realen Interessensgegensätze dorthin zu verschieben, wo sie hingehören. An den Verhandlungstisch.

Wie gewohnt finden Sie in MOMENT interessante Reportagen und neue Perspektiven. Elvier Kühlraum hat recherchiert, wie die ÖVP nahezu unbemerkt die Deutungshoheit über den Integrationsdiskurs kapert, Baruch Wolski besuchte das einzige Islamische Gymnasium Europas. Und Barbara Stöckl wundert sich, warum Menschenrechte in allen anderen Ländern verletzt werden, nur nicht in Österreich.

Sie halten ein mit viel Verve überarbeitetes MOMENT in Händen. Ich bedanke mich bei allen, die sich beim Relaunch tatkräftig eingebracht haben. Auf Ihre Reaktionen sind wir schon sehr gespannt.

Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgesell

**Schubhaft
macht
Menschen
nieder!**



MOMENT INHALT



10 INTEGRATIONSKRÄMPFE

Ein ÖVP-Politiker will, dass ihm alle Frauen die Hände schütteln, eine Staatssekretärin spricht von Staatsbürgerschaft als „Krönung“. Migrationsforscher Bernhard Perchinig über die Tücken des Integrationsprozesses.

16 GEGEN IDENTITÄT

Müssen „Sie“ wie „Wir“ werden oder dürfen „Sie“ bleiben wie „Sie“ sind? Haben Sie sich diese Frage während medialer Debatten auch schon ein mal gestellt? Das ist die falsche Frage! Wege aus der Identitätsfalle.

19 DIE DORF-REVOLTE

Wie einem Dorf im Mühlviertel der Kragen platzte. Die PabneukirchnerInnen machen klar: Wir lassen „unsere“ Flüchtlinge nicht abschieben. Die Geschichte eines Aufstandes.

22 INTEGRATIONS-PIRATEN

Der unabhängigen Migrationsforschung wurde in den vergangenen Jahren der Geldhahn abgedreht. Indessen rüstet das Innenministerium den Integrationsfonds zum schwarz gefärbten Think Tank auf.

3 Editorial

5 Inhalt

7 Reaktionen

8 Handlungsbedarf

Wie es der Bundesregierung gelingt, Bleiberecht zu ignorieren.

10 INTERVIEW VON GERFRIED BALZER

Dann müssten wir auch den Steirerhut regeln
Der Migrationsforscher B. Perchinig über die Tücken der Integration.

15 KOMMENTAR VON MARGIT APPEL

Grundeinkommen
Integration ist vor allem auch eine Frage der sozialen Absicherung.

16 ESSAY VON ROBERT MISIK

Gegen Identität
Wer in „Wir“ und „Sie“ denkt, sitzt schon in der Identitätsfalle!

19 REPORTAGE VON ANDI WAHL

Pabneukirchen – Zentrum des Widerstands
Mühlviertel: Ein Dorf verteidigt „seine“ Flüchtlinge

22 RECHERCHE VON ELVIER KÜHLRAUM

Integrations-Piraten
Wie die ÖVP fast unbemerkt die Integrationsforschung kapert.

24 Poster

Würden Sie diesem Herrn Ihr Kind anvertrauen?

26 REPORTAGE VON MARIA STERKL, BERTHOLD EDER, RAINER SCHÜLLER

Deep, Down & Dirty?
Wiens Islamische Kulturkeller – Ein Lokalausgensein

29 Kurznews

Von „unpolitischen“ Skinheads und anderen Rassismus-Fällen

30 TEXT VON HERBERT LANGTHALER

Persisch-Kurse? Abgelehnt!
Die Förderpolitik der Stadt Wien auf dem Prüfstand.

31 BRIEF AUS AMSTERDAM VON MARIE HADERER

Der andere Besuch auf einem Polizeikommissariat
Schon die neuen Anti-Rassismusposter aufgehängt?

32 REPORTAGE VON BARUCH WOLSKI

Mit Widersprüchen umgehen lernen
Stippvisite am einzigen Islamischen Gymnasium Europas.

35 INTERVIEW VON ERNST POHN

Fluchtgefahr
Richter Werner Zinkl: Urteilen über Ausländern

36 INTERVIEW VON ANDREAS UNGERBÖCK

Warum geht der nicht arbeiten?
Ursula Omoregie sagt, wie sich Flüchtlingshilfe anfühlt

37 INTERVIEW VON MARIE-NOELLE YAZDANPANA

Für andere sprechen
Anja Salomonowitz sucht nach neuen Bildern von Frauenhandel

38 Spotlight VON MICHAEL WEISS

Die 19-jährige MOMENT-Kolporteurin Carmen V. über sich.

39 Kurznews

Innenministerium und Integration? Passt nicht.

40 Neues von der Bock

Flüchtlingshelferin Ute Bock über den ganz normalen Wahnsinn.

41 Populärkultur

Neue Bücher über Gutmenschen und Allahs langen Schatten

43 So gesehen VON MARTIN SCHENK

Über Marken-Turnschuhe und Sozialdistinktion

45 Kurznews

Was gibt's neues von SOS Mitmensch?

46 Andere über SOS Mitmensch VON BARBARA STÖCKL

Wie sehr interessiert sich Österreich für Menschenrechte?



Hunderte "Einzelfälle" von **EHE OHNE GRENZEN** suchen dringend Spenderinnen, Gönner, Mäzeninnen, Erbenkel und -tanten.

Um unsere Arbeit auch 2008 konsequent, nachhaltig und sinnvoll fortsetzen zu können, fehlt es uns nicht an Motivation und Ausdauer, aber es fehlt an Geld.

Bitte spenden Sie:
**SAWAG BLZ 14900,
 Konto-Nr. 01 810 810 812**

Mehr Informationen unter:
www.ehe-ohne-grenzen.at

"Die Republik wendet sehr viel Kraft auf, um Familien zu zerbrechen."
(Caritas-Direktor F. Huber)

"Das Fremdenrecht wirkt!"
(Innenminister G. Platter)

EOG




Gutes Klima für Entwicklung

„Wir Frauen mussten früher 10 Kilometer weit laufen, um an sauberes Wasser zu kommen. Heute haben wir in Chibabava einen Brunnen mit solarbetriebenen Pumpen. Wasserholen ist jetzt einfacher.“
Luisa Zenabo, Mosambik

Sauberes Trinkwasser ist lebenswichtig, Abwasserentsorgung gehört dazu. Effizientes Wassermanagement bringt Lebensqualität und schützt die Umwelt. Besser fürs Klima, besser für alle.

Gemeinsam mehr zusammenbringen.

**Österreichische
 Entwicklungszusammenarbeit**

www.aussenministerium.at/oeza
oeza.info@sads.gv.at



20
 JAHRE
 OKTO

(IN 18 JAHREN IST ES SO WEIT)

8
 OKTO

**16.11.2007 – SYMPOSIUM:
 VIELFALT IST MEHRWERT**

Public Value und die Repräsentation migrantischer Communities in der österreichischen Fernsehlandschaft

10.00-18.00 Uhr, Eintritt frei
 Ort: Freiraum, Quartier 21
 Infos: www.okto.tv/mehrwert

quartier21
 TEAM TICHENBERG

FLUCHT

ist **kein** Verbrechen

KEINE SCHUBHAFT FÜR ASYLWERBERINNEN

Bitte unterstützen Sie die Initiative des Forum Asyl
www.fluchtistkeinverbrechen.at

MOMENTREAKTIONEN

„Parfumdiebe hinter Gittern!“,
MOMENT #8, Bild: Magdalena Blaszczuk



Eine Sache zu dem wirklich informativen Interview mit Frau Hofinger (Bild, Anm.) sei noch ausgeführt: Wie ich von meinem Gerichtsjahr weiß, schafft besonders die Gewerbsmäßigkeit bei Diebstahl große Probleme. Diese liegt vor, wenn der Täter eine Tat in der Absicht begeht, sich aus der wiederkehrenden Begehung von Diebstählen eine fortlaufende Einnahmequelle zu schaffen. Bei Drittstaatsangehörigen wird diese Absicht meist schon beim ersten Delikt angenommen, wenn kein regelmäßiges Einkommen besteht.
Roman Berger, Linz

„Parfumdiebe hinter Gittern!“,
MOMENT #8

Manchmal frage ich mich, wo ich lebe? Warum schreiben andere Zeitungen nicht über die strukturellen Ungerechtigkeiten beim Strafvollzug? Mir ist erst jetzt klar geworden, dass hinter der Vernachlässigung ausländischer Häftlinge nicht unbedingt böse RassistInnen stecken, das ist ein systemimmanentes Problem. Da müsste doch die Gesetzgebung tätig werden. Außerdem möchte ich euch noch dazu gratulieren, dass ihr nicht die üblichen Verdächtigen, sondern eine Forscherin interviewt habt.
Alles Gute, Clara, Wien

„Migrantische Ökonomien“,
MOMENT #8, Bild: Magdalena Blaszczuk
Unlängst habe ich zum ersten Mal MOMENT #8 in die Hand bekommen. Anders als bei manch anderen NGO-Publikationen, die aus Zeitmangel rasch im Papierkorb landen, habe ich mich bei Eurer Zeitschrift schnell festgelesen. Kompliment,

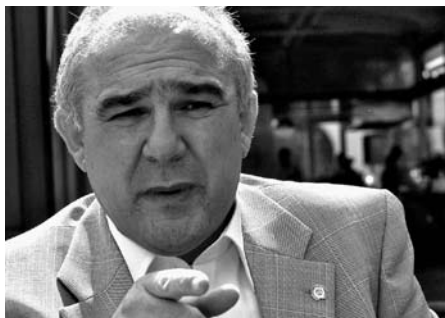


© Paul Sturm

Wo wurde diese Ausgabe von Moment gesehen?

Schreiben Sie an redaktion@moment.at.

Zu gewinnen gibts wie immer, zwei Abos von MOMENT.



(Bild, Anm.) fand ich sehr gelungen und informativ. Deshalb: Alles Gute weiterhin!
Georg S., Wien

„Integrationsleitbild Unternehmer“,
MOMENT #8

Liebe Freunde, bevor ich in Jubelrufe über die neuen Chefs ausbreche, frage ich mich, wie viele der bei diesen Chefs angestellten MitarbeiterInnen der deutschen Sprache, der österreichischen Gesetze und Arbeitnehmerrechte mächtig sind. Ich würde gerne die Anmeldequote dieser Betriebe wissen, vom Meldungsverhalten bei Arbeitsunfällen weiß ich Bescheid. Mit freundschaftlichen aber weitgehend desillusionierten Grüßen,
Peter Pils,
Ärztlicher Direktor-Stv. der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt, Wien

ment, das Blatt überzeugt nicht nur durch vielleicht erwartbare klare Standpunkte in den Kommentaren, sondern liefert auch wirklich spannende und gut recherchierte Reportagen, die ich gerne auch in anderen Magazinen lesen würde. Vor allem den Schwerpunkt über "ethnische Ökonomien" und das Interview mit Akan Keskin

HANDLUNGSBEDARF

BÜROKRATIE

Formulare statt Bleiberecht

Ein Bleiberecht ist durch die europäische Menschenrechtskonvention gegeben. Wer Anspruch darauf hat, müsste in einem Verfahren geklärt werden, das es in Österreich noch nicht gibt.

In Hinkunft, erklärten kürzlich Kanzler Alfred Gusenbauer und sein Vize Wilhelm Molterer stolz, würden ganz „klare Kriterien“ über den humanitären Aufenthalt eines Flüchtlings entscheiden. Abschiebehärten ade? Tatsächlich handelt es sich bei diesen „klaren Kriterien“, die zwei ÖVP-Granden ausgearbeitet haben, um ein schlichtes Formular für den internen Dienstgebrauch. Der mögliche Grund für die Geheimhaltung des harmlosen Papiers (das MOMENT vorliegt): es ist auf

Drittstaatsangehörige ein Bleiberecht erworben haben oder nicht. Dabei geht es gar nicht mehr um die Frage des Bleiberechts, sondern darum, warum die Bundesregierung den betroffenen Familien ein faires Prüfungsverfahren verweigert. Dass ein Bleiberecht ganz grundsätzlich gegeben ist, ist ja bereits durch die Europäische Menschenrechtskonvention entschieden: sie spricht von einem Recht auf Privat- und Familienleben. Auch der Vorsitzende des Verfassungsgerichtshofs Karl Korinek wird

nicht müde, genau darauf hinzuweisen. Die Regierung klappt aber lieber die Ohren zu. Sie hört deshalb auch nicht, dass der Europäische Gerichtshof in mehreren Verfahren sogar schon die Kriterien judiziert hat: Es zählen u.a. die berufliche und familiäre Verankerung, die familiäre Situation im Herkunftsland sowie Unbescholtenheit. Lauter Punkte, auf die Bürgermeister und Familien in Österreich lautstark hinweisen. Und die Regierung? Präsentiert statt dessen lieber ihr Integrations-Formular. phs



Punkt und Beistrich identisch mit jenem Formular, das auch bisher in Verwendung war. Wieso die Härtefälle nun ausbleiben sollen, bleibt also ein Rätsel.

Erstaunlich ist hingegen, dass sich an der Grundproblematik keineswegs etwas ändern soll. Weiterhin wird Innenminister Platter die letztgültige Entscheidung für einen humanitären Aufenthalt fällen. Weiterhin sind damit „einsamen“ Entscheidungen Tür und Tor geöffnet. Rechtsmittel, also eine gerichtliche Kontrolle des behördlichen Handelns, sind nicht vorgesehen.

SOS Mitmensch plädiert deshalb erneut für ein eigenes Verfahren zur Klärung, ob



W. Molterer, A. Gusenbauer, G. Platter: Mit einem zweiseitigen Formular die Bleiberechtsdebatte beenden. Bild: ÖVP/R. Strasser

DEMOKRATIE

MigrantInnen in die Parlamente

In Vorarlberg setzt eine MigrantInnen-Liste die etablierten Parteien unter Druck. Kommt jetzt die erste MigrantInnen-Partei?

Entweder öffnen die etablierten Landtagsparteien ihre Listen für MigrantInnen, oder wir treten bei den Wahlen 2009 mit einer eigenen MigrantInnenliste an.“ Das kündigte Adnan Dincer, Chef der Vorarlberger Arbeiterkammer-Fraktion “Neue Bewegung für die Zukunft” (NBZ) an. „Wir sind seit 40 Jahren hier, es darf nicht nochmals 40 Jahre dauern, bis wir mitreden dürfen“, so Dincer gegenüber MOMENT.

Der Meinungsforscher Peter Hajek räumt einer solchen Liste gute Chancen

ein, in den Landtag zu kommen. In Vorarlberg leben rund 60.000 Zugewanderte. Indes sorgt Dincers Aussage bereits für Bewegung bei den anderen Parteien. So betonte die ÖVP-Vorarlberg in einer eiligen Aussendung, dass man sich „dieser Frage stellen“ müsse. Mittlerweile führt die türkisch dominierte NBZ bereits Gespräche mit anderen ZuwanderInnengruppen.

Die Entscheidung über eine eigene Liste soll noch im Oktober fallen. Ein Diskussionsvorschlag, der sich auch für die Bundesebene empfiehlt. phs



NBZ-Chief Adnan Dincer verliert langsam die Geduld. Bild: Privat

KLIMAWANDEL

Mit Wiener Konvention Klimaflüchtlinge schützen

Bald könnten 200 Millionen Menschen auf der Flucht sein. Wie kann sich Europa darauf vorbereiten?

Das Center for American Progress schlägt Alarm. Bereits im Jahr 2010 könnten aufgrund des Klimawandels 200 Millionen Menschen gezwungen sein, ihr Land zu verlassen. Bereits heute befinden sich bis zu 50 Millionen Menschen vor Umweltkatastrophen auf der Flucht. Aus politischen Gründen fliehen nur halb so viele Menschen. Grund genug, endlich über eine Wiener Konvention nachzudenken, die – analog zur Genfer Konvention – auch ökonomische und ökologische Fluchtgründe beinhaltet. Es

ist nur schwer zu argumentieren, warum die Internationale Staatengemeinschaft bei mangelndem Schutz vor Verfolgung einspringt, nicht aber bei Hungertod, Seuchen und großflächiger Zerstörung der Lebensgrundlagen.

Zumal nicht mehr in Frage steht, dass die nördlichen Industrieländer den Großteil der für den Klimawandel verantwortlich gemachten Emissionen in die Atmosphäre jagen. Allein die USA, die EU und Russland produzieren 45 Prozent der Treibhausgase. phs

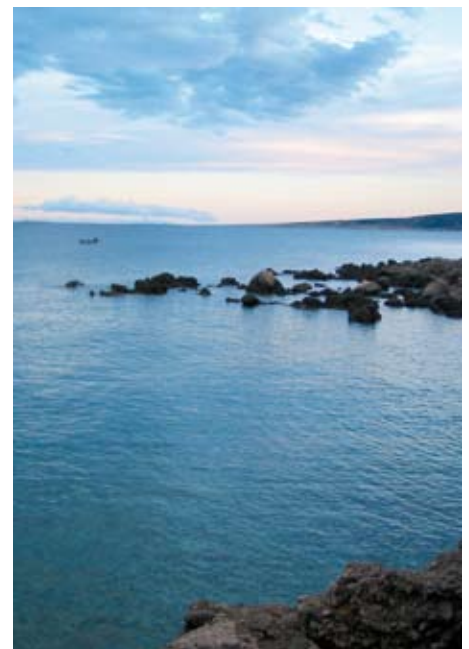


Bild: Privat

An die Gesetze halten, das ist es auch schon, was ein Rechtsstaat von den MigrantInnen

DANN MÜSSTEN WIR AUCH DEN STEIRERHUT REGELN

Ein ÖVP-Politiker will, dass ihm alle Frauen die Hände schütteln, eine Staatssekretärin spricht von Staatsbürgerschaft als „Krönung“. Migrationsforscher Bernhard Perchinig über die Tücken eines Integrationsprozesses.

Interview: Gerfried Balzer, Bilder: Bernhard Kummer



Bernhard Perchinig forscht an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften zu Integration und Migration.

MOMENT Herr Perchinig, Integration erfreut sich seit einiger Zeit als bunter Forderungskatalog der Politik an Zuwanderer höchster Beliebtheit. Gibt es tatsächlich eine Bringschuld von MigrantInnen?

BP Falls Sie auf die veränderte Bedeutung des Integrationsbegriffs anspielen, so haben wir tatsächlich in den vergangenen Jahren eine Verschiebung erlebt: weg von den Rechten von MigrantInnen hin zu sogenannten Pflichten. Prinzipiell kann ein Staat als Bringschuld verlangen, dass man sich an die Regeln und Gesetze hält. Das ist es auch schon, was ein Rechtsstaat fordern kann. Aber das gilt ja für alle.

MOMENT Wäre der deutsche Spracherwerb auch so eine Bringschuld?

BP Wenn man eine Bringschuld des Spracherwerbs formuliert, wie er ja zum Teil schon gesetzlich festgelegt ist, dann muss das vom Gleichheitsgedanken ausgehend passieren.



verlangen kann. Aber das gilt ja für alle!



Es wäre dann die Verpflichtung jedes in Österreich lebenden Menschen, die deutsche Sprache zu beherrschen. Pragmatisch gesehen ist der Spracherwerb natürlich zentral für sozialen Aufstieg und politische Partizipation. Deutsch als Verpflichtung normativ abzuleiten halte ich aber für problematisch. Ich bin dafür, starke Anreize zu schaffen.

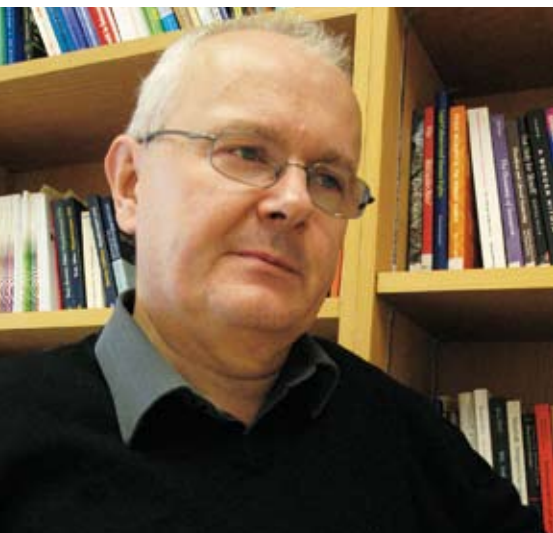
MOMENT Anreize zu schaffen wäre Aufgabe des Staates. Hat denn der Staat außerhalb des rechtsstaatlichen Bereiches, wo nunmehr Formen von Zwang eingefordert werden, auch eine Bringschuld?

BP Die gibt es sicherlich. Der Staat muss ein Angebot schaffen, um Spracherwerb zu unterstützen. Schon allein deshalb, weil Einwanderung von staatlichen Strukturen gestartet wurde. Skeptisch bin ich bei Argumenten mit Verpflichtungscharakter außerhalb der rechtsstaatlichen Normen. Definiert sich eine Gesellschaft sehr stark über Sprache, dann zieht sie bedenkliche Grenzen hoch.

MOMENT Von der Sprache ist man schnell bei der Kultur. Zuweilen scheint es, als stünden MigrantInnen unter Generalverdacht – des Machismo, verordneter Kopftücher, der Zwangsheirat. Wie können sie beweisen, dass sie sich an Gesetze halten?

BP Gar nicht. In einem rechtsstaatlichen System beweist das Gericht, dass sich jemand eben nicht an Gesetze gehalten hat. Interessant wird es in jenen Bereichen, in denen sich Rechtstaatlichkeit und Privatleben überschneiden, beispielsweise im Familienrecht. In Österreich haben wir in den vergangenen 30 Jahren eine ganz massive Verrechtlichung dieses Bereichs und eine Stärkung der Kinder- und Frauenrechte erlebt. Auch die Definition der Zwangsehe als Offizialdelikt gehört zur diesem Verrechtlichungstrend, das war für mich eine der ganz wenigen wirklich richtigen Entscheidungen der Politik der vergangenen Jahre.

Bernhard Perchinig:
„Der Staat muss ein
Angebot schaffen,
um Spracherwerb zu
unterstützen.“



Perchinig: „Wie können Demokratien MigrantInnen politische Rechte verschaffen?“



MOMENT Bleiben wir noch beim Verrechtlichen: ÖVP-Generalsekretär Hannes Missethon beschwerte sich, dass ihm eine gläubige Frau nicht die Hand geschüttelt und in die Augen geschaut hat. Ließe sich Händeschütteln rechtlich verordnen?

BP Wenn Herr Missethon sagt, er fühlt sich nicht wohl, wenn er nicht die Hand geben kann, kann ich das nachvollziehen. Ich hatte einmal so einen Fall mit einer Studentin und habe mich dabei auch nicht wohl gefühlt. Aber wenn Missethon das durchsetzen will, dann muss er den Rechtsweg gehen, dann muss es ein Gesetz über die in Österreich erlaubten Grußformen geben. Damit kommen wir in der aktuellen Debatte aber zu einer grundsätzlichen Frage: Wie frei soll unsere Gesellschaft sein, bzw. wie viele Bereiche will ich verrechtlichen? Würden wir Kleidungsvorschriften einfüh-

WENN HERR MISSETON SAGT, ER FÜHLT SICH NICHT WOHL, WENN ER NICHT DIE HAND GEBEN KANN, KANN ICH DAS NACHVOLLZIEHEN.

ren, könnten wir natürlich nicht nur das Kopftuch regeln. Dann müssten wir die Kippa regeln, den Steirerhut. Ich muss immer auf dem Gleichheitsgrundsatz beharren. Das ist aber eine Frage, die über den Bewusstseinsstand der Gesellschaft gelöst werden sollte. Unlängst hat Staatssekretärin Christine Marek ein Integrationskonzept präsentiert, als dessen „Kronung“ sie die Staatsbürgerschaft bezeichnet hat. Wie sehen Sie das? Das klingt nach einem Kind, das in die Schule geht, lernen muss und dann maturiert. Dann macht es die

Staatsbürgerschaft und ist reif. Das klingt nach einer sehr statischen Gesellschaft.

MOMENT Das heißt?

BP Dass ich diese Vorstellung nicht für so klug halte, weil man damit die politische Teilhabe weit weg von der sozialen Teilhabe bringt. Die derzeitige Diskussion erleben wir ja gerade auch deshalb, weil im politischen Bereich nicht jener Grad an Gleichstellung erreicht wurde, wie er im sozialrechtlichen Bereich für langansässige MigrantInnen durch die EU-Richtlinien in den vergangenen Jahren erwirkt wurde. Politisch gesehen bleibt der „Ausländerstatus“ der Leute relativ aufrecht. Insofern stellt sich die Frage, ob man wirklich politische Partizipation als Endpunkt der Integration setzen will. Die EU ist von so einer Politik bereits abgegangen und forciert rechtliche Gleichstellung auch ohne Staatsbürgerschaft.

Die Welt ist in Bewegung. Millionen von MigrantInnen wechseln in ihrem Leben ganz selbstverständlich den Lebensmittelpunkt.

ÖVP-INTEGRATIONSKONZEPT

Staatssekretärin Marek sieht die Staatsbürgerschaft „als Krönung“ eines erfolgreichen Integrationsprozesses.

Manchmal offenbaren PolitikerInnen ihr inhaltliches Verständnis in derart trefflichen Bildern, dass kein noch so ambitioniertes Grundsatzpapier das besser leisten könnte. Als Staatssekretärin Christine Marek in der Tageszeitung „Österreich“ das Integrationskonzept ihrer Partei vorstellte, hatte sie bereits die Schlusspunkte einer „gelungenen“ Integration vor Augen: „...und als Krönung die Staatsbürgerschaft“. ZuwanderInnen werden also fürs Bravsein als Schlusspunkte politische Rechte eingeräumt. Ein Zugang, den



Integrations-Staatssekretärin Marek: hat das ÖVP-Integrationskonzept mitausgearbeitet.
Bild: ÖVP/M. Hammer

Marek gemeinsam mit Innenminister Günther Platter entwickelt hatte. Migrationsforscher Perching erinnert das an den Umgang mit einem Kind: es geht zur Schule, bis es als „reif“ empfunden wird. Demokratiepoltisch hält Migrationsforscher Perching die Verknüpfung von Integration und Staatsbürgerschaft freilich für „nicht so klug“: Während ZuwanderInnen sozialrechtlich praktisch gleichgestellt sind, sind sie „politisch weitgehend rechtlos“. „Die EU“, wirft Perching ein, „ist von so einer Politik bereits abgegangen und forciert rechtliche Gleichstellung auch ohne Staatsbürgerschaft.“



Perching: Wenn man durchsetzen will, dass man per Handschlag begrüßt wird, dann muss man ein Gesetz über in Österreich erlaubte Grußformen erlassen.

MOMENT Handelt sich Marek mit diesem Integrationsbegriff nicht auch ein demokratiepolitisches Problem ein? Immerhin kann dann eine große Anzahl von EinwohnerInnen nicht mitbestimmen.
BP Natürlich. Sozialrechtlich praktisch gleichgestellt, sind sie politisch weitgehend rechtlos. Das Problem liegt aber auch darin, dass der Transmissionsmechanismus noch immer das Wahlrecht ist. Das heißt, Anliegen bestimmter Gruppen werden nur ernst genommen, wenn sie WählerInnenpotential haben.

MOMENT Was schlagen Sie vor?

BP Eine rasche politische Vergemeinschaftung. Damit ließe sich auch normativ viel klarer argumentieren: es ist leichter, von jemand etwas zu verlangen, wenn auch Mitbestimmung vorhanden ist.

MOMENT Was halten Sie von der Idee der Residenzbürgerschaft? Damit könnte jede/r in unserer

mobilen Welt dort wählen, wo sie oder er gerade seinen Lebensmittelpunkt hat.

BP In einer Demokratie sollten die Menschen, die von den Gesetzen betroffen sind, über diese auch bestimmen. Das setzt allerdings relevante Bezüge zum jeweiligen Land voraus, wie etwa einen längerfristigen Aufenthalt oder zumindest den Lebensmittelpunkt, z.B. für das kommunale Wahlrecht, wie es für UnionsbürgerInnen gilt. Wenn ich allerdings völlig unabhängig vom Territorium überall ein Wahlrecht vererbe, wo sich jemand gerade z.B. als Tourist aufhält, breche ich auch diesen Feedback-Mechanismus.

MOMENT Wie lange sollte jemand im Land sein, um Feedback zu gewährleisten?

BP Hier könnte man differenzieren – etwa kommunales Wahlrecht bei Hauptsitznahme wie für UnionsbürgerInnen, Wahlrecht



Bernhard Perching:
„Kulturelle Integration
heißt, Vielfalt zu
akzeptieren.“

für die Landesebene nach einer bestimmten Aufenthaltsdauer. Sieht man sich die kürzesten Wartefristen für die Einbürgerung an - die liegen bei zwei bis drei Jahren weltweit -, dann wäre diese etwa bei zumindest zwei Jahren. Ein allgemeines Wahlrecht für Nicht-EU-AusländerInnen in Europa kaum realistisch; in Neuseeland existiert es, ohne dass es Konflikte ausgelöst hat.

MOMENT In Österreich wird Integration oft als enge kulturelle Vorgabe, als Anpassungsdruck, formuliert. Warum beherrscht man hier vor allem die Sprache der Assimilation so gut?

BP Kulturelle Integration heißt sicherlich auch, dass die eingeborene Bevölkerung lernen muss, Vielfalt zu akzeptieren. Die österreichische Bevölkerung ist zum Beispiel sehr schlecht vorbereitet auf eine globalisierte Welt, weil sie sehr lange darüber nicht diskutiert hat. Das führt wiederum dazu, dass sich Menschen in der Straßenbahn darüber aufregen, wenn nicht Deutsch gesprochen wird. Ich denke, in einer Großstadt ist das zu akzeptieren. Und wenn die Leute Kopftuch tragen, geht das niemanden etwas an.

MOMENT In solchen Fällen heißt es, man muss den Menschen die Ängste nehmen...

BP Vor allem muss man die Bevölkerung

WÜRDEN MAN MOSCHEEN VERBIETEN, DANN WÜRDEN ES AUCH KEINEN STEFFL MEHR GEBEN

an geltende Gesetze erinnern. Lassen Sie mich ein sehr zugespitztes Beispiel nennen, das vor kurzem diskutiert wurde. Angenommen, eine islamische Gemeinde kauft sich ein Grundstück neben dem Stephansdom und baut dort eine Moschee. Wenn das Ganze den Baugesetzen entspricht, ist dagegen meiner Meinung nach nichts einzuwenden. Es würde aber eine enorme Diskussion vom Zaun brechen, die nichts nützt. Will man so eine Moschee verhindern, müsste man ein allgemeines Bauverbot von religiösen Bauten mit spitzen Türmen im ersten Bezirk erlassen. Das darf nicht auf eine Gruppe abzielen, sondern muss allgemein gelten. Dann gäbe es allerdings auch keinen Steffl.

Bernhard Perching ist Migrations- und Integrationsforscher im Institute for Urban and Regional Studies an der Akademie der Wissenschaften. Gerfried Balzer und Elvira Kühnraun arbeiten als freie Journalisten in Wien.

KOMMENTAR

Gegen Integration – für politische Rechte

Philipp Sonderegger Die Welt hat sich verändert. Wo das Konzept der Staatsbürgerschaft vor hundert Jahren ein taugliches Modell war, um Rechte und Pflichten der EinwohnerInnen eines Flächenstaates zu verankern, erweist es sich im globalisierten Heute als undemokratisch. Rund zehn Prozent der EinwohnerInnen Österreichs haben keine Staatsbürgerschaft und sind deshalb von zentralen politischen Rechten ausgeschlossen. Eine solche Demokratie ist nicht glaubwürdig und beschädigt sich selbst. Gleiche Rechte für alle sind die basale Voraussetzung für ein demokratisches Gemeinwesen, das nicht an seinem zentralen Versprechen zerbrechen soll.

Mit dem Konzept einer Residenzbürgerschaft, sind die politischen Rechte an der Person verankert, egal wo sie sich befindet. Jede/r kann dort Gebrauch von seinen politischen Rechten machen, wo sie/er auch tatsächlich den Lebensmittelpunkt hat. Das gilt für Rotationsarbeitskräfte im höheren Management genauso wie für Saisoniers. Aufgrund der hohen Mobilität in der Welt ist das Integrationskonzept, das kulturelle Anpassung statt politischer Beteiligung vorsieht, nicht mehr zeitgemäß.

In den 70er und 80er Jahren war das Integrationskonzept ein wichtiges Instrument zur Herstellung von Chancengleichheit in Zuwanderungsgesellschaften. Heute ist es wertlos. Der Begriff Integration wurde in den vergangenen zehn Jahren komplett umgedeutet und unterscheidet sich in seiner extremsten Auslegung nicht mehr vom Begriff der Assimilation. Der Integrationsprozess, der in den 80er und auch Anfang der 90er Jahre noch die Rechte und Pflichten von Staat und Zuwanderern gleichermaßen beinhaltet hat, präsentiert sich heute weitgehend als Forderungskatalog an MigrantInnen. War damals die Debatte stark von sozialrechtlichen Fragen dominiert, sind es heute jene der Sicherheit. Das mag global gesehen mit den Terrorakten der vergangenen Jahre zu tun haben, in Österreich wurde aber in sieben Jahren schwarz-blauer Regierung diese Politik stark forciert. Maßnahmen wie jene, BegleitlehrerInnen in den Schulen massiv zu kürzen, stehen symbolisch für die Hegemonie rechtskonservativer AkteurInnen. Wenn heute Zentrums-PolitikerInnen von Integration sprechen, dann lautet ihre simple Botschaft: „die Ausländer“ sollen sich anpassen.



Margit Appel ist Mitarbeiterin der Katholischen Sozialakademie Österreichs.

Illustration: Petja Dimitrova

KOMMENTAR VON MARGIT APPEL

Grundeinkommen – Baustein der Sozialstaatsarchitektur

Integration ist auch eine Frage sozialer Absicherung. Welche Rolle kann ein bedingungsloses Grundeinkommen dabei spielen?

Unsere heutiger gut ausgebauter Sozialstaat entstand über viele Jahrzehnte des politischen Engagements insbesondere von ArbeiterInnenbewegung und Frauenbewegung. Er entstand als Reaktion auf die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in der Zeit der Industrialisierung: Hungerlöhne, Zwölfstundentag und fehlende Gesundheitsversorgung. Einmal soziale Absicherung erreicht, für immer erreicht? Heute gilt es, sich gegen die aufgehende Schere in der Einkommensverteilung, gegen den Verlust an selbstbestimmter Zeit durch prekäre Beschäftigungsformen und gegen eine schleichend

Der Sozialstaat muss so gestärkt werden, dass er noch besser als bisher die Garantie der Existenzsicherung und die soziale Integration in die Gesellschaft leisten kann, welche Erwerbsarbeit so nie für alle und heute wieder für immer weniger Menschen garantiert!

Einzug haltende Zwei-Klassen-Medizin zu engagieren. Obwohl wir einen gut ausgebauten, gut funktionierenden Sozialstaat haben?

Was wir brauchen ist ein Sozialstaat mit Eigenwert. Nach wie vor gehen wir davon aus, dass es der Zugang zu Erwerbsarbeit ist, der Existenzsicherung garantiert und die soziale Integration in die Gesellschaft leistet. Dabei ist offenkundig, dass diese Integration über Erwerbsarbeit immer nur für jene gilt, die für die gerade marktfähige Arbeit gebraucht werden. Ältere ArbeitnehmerInnen, MigrantInnen der zweiten Generation, zunehmend Jugendliche und junge Erwachsene fallen heraus; die Leistungen von Frauen im Bereich von Erziehungs- und Pflegearbeit gelten als nicht marktfähig und integrieren sie nur um den Preis der Einhaltung einer bestimmten Frauenrolle.

Der Sozialstaat muss so gestärkt werden, dass er noch besser als bisher die Garantie der Existenzsicherung und die soziale Integration in die Gesellschaft leisten kann, welche Erwerbsarbeit so nie für alle und heute wieder für immer weniger Menschen garantiert! Dafür ist die bestehende Sozialstaatsarchitektur (Arbeitslosen-, Pensions- und Sozialversicherung; Leistungen für speziellen Bedarf wie Pflegegeld; leistbare und für alle zugängliche Infrastruktur z.B. im Bereich der Kinderbetreuung, des öffentlichen Verkehrs, etc.) durch ein bedingungsloses Grundeinkommen zu ergänzen.

Darunter ist eine Geldleistung zu verstehen, die als individueller Rechtsanspruch gestaltet ist, bedingungslos zur Verfügung steht (d.h. ohne Bedürftigkeitsprüfung, ohne Arbeitsnachweis und Arbeitsverpflichtung) und personenbezogen in existenzsichernder Höhe an alle zur Auszahlung kommt, die auf Dauer in Österreich leben. Die Einführung des Grundeinkommens hat in klar voraus geplanten Einzelschritten zu erfolgen – das wichtigste Kriterium dabei ist, dass jeder Schritt eine Verbesserung der Situation der BezieherInnen niedriger Einkommen darstellt.

Volkswirtschaftlich gesehen ist das Grundeinkommen kein zusätzliches Einkommen – weil es ja über Steuerzahlungen ganz oder teilweise wieder zurückbezahlt wird – sondern eine (aber eben bedingungslos garantierte) Sockelleistung im bestehenden Sozialsystem. Einige Gruppen beziehen heute schon im gesellschaftlichen Konsens so etwas wie ein Grundeinkommen: Kinder, Menschen mit besonderen Bedürfnissen, alte Menschen. Einige Leistungen des bestehenden Sozialsystems, die besonders repressiv wirken und die existenzsichernde Höhe nicht erreichen, würden durch das Grundeinkommen ersetzt: Sozialhilfe und Notstandshilfe.

Die Reduktion auf die Identität als MuslimIn ist dabei das eigentliche Hauptproblem.

GEGEN IDENTITÄT

Müssen „Sie“ wie „Wir“ werden oder dürfen „Sie“ bleiben wie „Sie“ sind? Das ist die falsche Frage! Wege aus der Identitätsfalle.

Text: Robert Misik, Bilder: Bernhard Kummer



Kommen und Gehen. Jede/r von uns hat viele Identitäten.

Wie weit es mit dem Integrationsbegriff gekommen ist, brachte Navid Kermani vor ein paar Jahren auf den Punkt: „Integration ist unheimlich gut“, schrieb der iranischstämmige Deutsche in einem sarkastischen Kommentar, „und niemand soll sagen, wir hätten etwas gegen den Islam, also ihr hättet etwas gegen den Islam, also gegen mich, um genau zu sein, ich vergess das immer, dass ich zu den Bösen gehöre, ich fühle mich gar nicht so böse, aber, mein Gott, ich habe ja auch keine Aufklärung hinter mir, da weiß ich gar nicht, wie böse ich bin“. Kermanis furioses Ende: „Aber gut, dass ihr mich erzieht, sonst würde ich abends auf dem Elternabend ein Selbstmordattentat begehen und vorher die Lehrerin zwangsheiraten.“

Gut, dass Ihr mich erzieht. So kommt es auf der „anderen“ Seite an, wenn hier von Integration gesprochen wird. „Integration“ als fordernde Vokabel, herrisch. Integriert Euch gefälligst! Ihr seid ja unfähig zur Integration! Man muss Euch erziehen, aber das ist nicht einfach, es ist eine monumentale Erziehungsaufgabe, denn ihr seid Schwererziehbare. Dann wundert man sich, wenn das nichts wird mit der „Integration“. Gott

sei Dank, all das ist auch nicht ohne Komik. Man erinnere sich an die Demonstration des xenophoben Mobs unter Führung der örtlichen FPÖ und ÖVP gegen das türkische Kulturzentrum in Brigittenau (fälschlicherweise als Moschee ausgegeben) im September. „Hier marschiert der nationale Widerstand“, riefen die Fußtruppen, und direkt vor dem Kulturverein: „Anzünden! Anzünden!“ Skurrilerweise forderte der ÖVP-Parteichef und Vizekanzler Wilhelm Molterer ausgerechnet am folgenden Tag eine „Wertedebatte“, weil die MuslimInnen ja oft „unsere“ Werte nicht teilen. Sein Generalsekretär Hannes Missethon drohte, „die müssen unsere Spielregeln lernen“. Ob er damit meinte, dass die MuslimInnen künftig vor christlichen Kulturzentren aufmarschieren und „anzünden!“ rufen sollen, sagte er nicht dazu.

Übrigens ist der Einwand mancher kritischer Köpfe, wenn von Integration heute die Rede ist, sei Assimilation gemeint, nicht wirklich treffsicher. Denn Assimilation erfolgt ja in aller Regel nur an eine Kultur, die assimilations-, also aufnahmewillig ist und zudem eine große Anziehungskraft besitzt. Ein Versprechen, wenn man so



Am Weg zur Arbeit. In modernen Gesellschaften ist man nicht nur Katholik oder Muslimin, sondern auch Banker oder Elektrikerin.

will – eine, an die man sich gerne assimiliert, weil man sich davon etwas verspricht. Millionen IrInnen, JüdInnen, IrakerInnen und BurgenländerInnen haben sich an die amerikanische Kultur „assimiliert“, ein Steirer hat es auch versucht, der freilich mit dem Ergebnis, dass er heute weder Deutsch noch Englisch kann, aber die meisten sind damit gut gefahren. Jede Veränderung ist auch ein Prozess der Assimilation und das ist auch gut so.

Das Problem heutzutage ist eher: Es wird Assimilation gefordert, ohne dass eine assimilationsfreundliche Kultur besteht und gleichzeitig postuliert: ihr seid ja ohnehin unfähig zur Assimilation. Weil ihr seid ganz anders als wir. Ihr passt nicht zu uns.

Was die Integration also scheitern lässt, ist das Identitätskonzept, die Vorstellung, Menschen hätten feste, zentrierte, kulturell bedingte Identitäten, die mit anderen Identitäten notwendig in einem Konflikt stünden. Dass dieser Kulturalismus heute auch noch durch die Überbetonung des Religiösen im Zeichen der „Rückkehr der Religionen“ verschärft wird, macht die Sache vollends teuflisch, weil dann auch noch der alte Eifer der Monotheismen ins

Spiel kommt. Dabei liegt das Problem gerade in dem Gewicht, das ethnisch-religiösen Identitäten heute zugeschrieben wird – und zwar von beiden Seiten. Noch in den freundlicheren Ausprägungen äußert sich das auf entlarvende Weise. So hält der Multikulturalist das Recht der Einwanderer-Communities hoch, nach ihrer Tradition zu leben – er würde das auch bei bunt bemalten Ureinwohnern abgelegener

WAS INTEGRATION ALSO SCHEITERN LÄSST, IST DAS IDENTITÄTSKONZEPT, MENSCHEN HÄTTEN FESTE, ZENTRIERTE, KULTURELL BEDINGTE IDENTITÄTEN.

Südseeinseln so halten –, und er schreibt noch den seltsamsten Praktiken irgendeiner Würde zu, sofern sie sich nur als religiöse Traditionen legitimieren lassen.

Noch die Versuche, die „kulturellen“ Konflikte zu entschärfen, sind von dem Ungeist infiziert, der den Religionen eine wachsende Bedeutung für die öffentlichen Dinge zuweist: Wenn es dann kracht zwi-

schen Angehörigen verschiedener Communities, wird in schöner Regelmäßigkeit nach einem „Dialog der Kulturen“ gerufen, ein veritabler Reigen von Dialogveranstaltungen ist die Folge, bei dem die religiösen Vertreter ihren fixen Platz haben. Dann sitzen christliche, muslimische und jüdische religiöse WürdenträgerInnen zusammen und unterhalten sich darüber, wie das gesellschaftliche Leben friktions- und vorurteilsfreier zu gestalten wäre. Kaum jemand fragt, wieso ausgerechnet die religiösen RepräsentantInnen dafür besonders geeignet sein sollten – oder ob das nicht ein bisschen so ist, als würde man den Bock zum Gärtner machen. Ja, mehr noch: auch säkulare „Muslime“, „Christen“ oder „Juden“ werden ihrer kommunitären Zugehörigkeit wegen eingeladen, was noch bei den Nichtreligiösen den religiösen Aspekt der Identität überbetont, anstatt den multiplen Quellen moderner Identität mehr Gewicht zu verleihen. So ist es heute ganz üblich geworden, dass sich sogar progressive MuslimInnen in liberalen muslimischen Organisationen zusammenschließen, deren Botschaft in aller Regel lautet: ‚Wir Muslime sind gar nicht so!‘ Dabei besteht das ei-



Identitätsflow.
Bilder einer
modernen
Gesellschaft.

Gut, dass ihr mich erzieht, sonst würde ich abends auf dem Elternabend ein Selbstmordattentat begehen und vorher die Lehrerin zwangsheiraten...

gentliche Hauptproblem darin, dass sie auf ihre Identität als Muslime reduziert werden und sich darauf auch reduzieren lassen. All das hat bedeutende Auswirkungen für das ideologische Kraftfeld, auf dem sich die Menschen selbst verorten, aber auch ganz praktische Resultate. So sind religiöse Communities oft diejenigen, die mit staatlichen Subventionen bedacht werden und diese weiter verteilen. Ethnisch-religiös ungebundene Jugendgruppen haben oft keine Chance, an staatliche Gelder heranzukommen oder bloß Räume für Partys oder Proberäume für Bands zu bekommen. Wenn sie Ressourcen für ihre Aktivitäten erhalten wollen, müssen sie sich als „religiös“ – etwa „muslimisch“ – definieren.

Im öffentlichen Diskurs, schreibt die Philosophin Seyla Benhabib, hat die „Darstellung kultureller und religiöser Differenz ganz erhebliches Gewicht“ gewonnen, wobei zwischen „Religion und Kultur“ kaum mehr unterschieden werden kann – Religion, Brauchtum, Kultur, Ethnizität kollabieren förmlich ineinander.

Es war der Wirtschaftsnobelpreisträger und Harvard-Professor Amartya Sen, der

BÜRGERINNEN- UND MITBESTIMMUNGSRECHTE SIND BEDINGUNGEN FÜR DEN WEG AUS DER IDENTITÄTSFALLE.

jüngst in einer Streitschrift diese eindimensionalen Zuschreibungen attackiert hat. Sen hält dem entgegen: Menschen waren noch nie einfache Produkte ihres kulturell-religiösen Herkommens – und sind es heute weniger denn je. Mit einer solchen monokausalen Deutung missverstehe man die Menschen und die Welt. Jeder von uns ist Angehöriger einer Vielzahl von Gruppen. Niemand ist in einem derart trivialen Sinn „Moslem“, „Hindu“, „Westler“, „Christ“ oder „Asiat“, wie es das Postulat vom „Kampf der Kulturen“ unterstellt, beharrt Sen. Jeder Mensch, mag er noch so simpel gestrickt sein, hat „plurale Identitäten“. Sens Plädoyer ist eine einzige Absage an das Konzept der Identitäten und an den Reduktionismus, der mit ihm verbunden ist. Immer wieder verweist er auf die Fragwürdigkeit der Tatsache, dass selbst wohlmeinende ZeitgenossInnen Einwande-

rInnen stets als Mitglieder ihrer Community oder religiösen Ethnizität ansprechen und nicht als BürgerInnen ihres eigenen Gemeinwesens. Aus dieser kommunitären Unglücksspirale sollte man schleunigst aussteigen und alles tun, damit sich auch die EinwanderInnen nicht in fragwürdige Communities abkapseln. Dieser Rückzug ist ja auch immer Reaktion auf Bedrohung und Chancenlosigkeit: Wenn ich in stetiger Unsicherheit lebe, ziehe ich mich in schützende Nischen zurück. Wenn ich keine Chancen habe, schließe ich mich mit meinesgleichen, den anderen Chancenlosen zusammen. Wenn ich als BürgerIn nicht anerkannt bin, dann codiere ich diese Pariaexistenz um – und bin stolz darauf, „anders“ zu sein. Aufenthaltssicherheit, Bildung, Affirmative Action, soziale Absicherung, BürgerInnen- und Mitbestimmungsrechte, dies sind die Bedingungen für den Weg aus der Identitätsfalle.

* vom Autor erschien gerade: „Das Kult-Buch. Glanz und Elend der Kommerzkultur.“ Aufbau-Verlag, Berlin. Er betreibt auch ein Blog unter <http://www.misik.at>.



Wie viele Gemeinden fordern auch die PabneukirchnerInnen, dass ihre Flüchtlinge bleiben sollen.

PABNEUKIRCHEN - ZENTRUM DES NEUEN WIDERSTANDS

Wie einem Dorf im Mühlviertel der Kragen platzte. Die PabneukirchnerInnen machen klar: Wir lassen unsere AsylwerberInnen nicht abschieben. Eine Geschichte vom Land.

Text: Andi Wahl, Bilder: Robert Zinterhof

Nein, das macht echt keinen Spaß mehr. Ich hätte wirklich etwas Besseres zu tun, als mich mit der Politik zu streiten!" Robert Zinterhof, Hauptschullehrer und Mitarbeiter des Regionalblattes Mühlviertler Rundschau, weist jeden Verdacht, dass Widerstand gegen die herrschende Ausländerpolitik auch einen „Fun-Faktor“ hätte, brüsk zurück. Um dann noch nachzusetzen: „Ich habe ohnehin schon einen zu hohen Blutdruck.“

Robert Zinterhof gehört einer jener Gruppen an, die sich für den Verbleib integrierter AsylwerberInnen in ihren Orten einsetzen. Seit geraumer Zeit machen diese Gruppen es Politik und Behörden fast unmöglich, die restriktiven Asylgesetze mit der beabsichtigten Härte zu vollziehen. Gerade in Oberösterreich gibt es eine Vielzahl solcher BürgerInneninitiativen, die sich meist um eine von der Abschiebung bedrohte Familie scharen und alles versuchen, um für „ihre AsylwerberInnen“ eine dauernde Aufenthaltsberechtigung zu erwirken. Aber die Gruppe, der Zinterhof angehört, sticht aus dieser Vielzahl von Gruppen heraus. Ihr Aktivitätslevel ist un-



(O.) Hauptschullehrer
Robert Zinterhof:
„Das ganze ist kein
Spaß mehr“
(Re.) Familie Malokaj:
Integriert und
von Abschiebung
bedroht.



Alle drei Kinder wurden der Reihe nach in der Volksschule Pabneukirchen eingeschult, was

vergleichlich höher und auch die Beherztheit ihrer Aktionen sucht ihresgleichen. Somit ist die Gruppe aus dem 1726-Seelemarkt Pabneukirchen auch zum Vorbild ähnlicher Gruppen geworden, oder, wie es SPÖ-Landtagsabgeordnete Gerti Jahn ausdrückt: „Pabneukirchen ist das Zentrum des Widerstands gegen die Asylpolitik der Bundesregierung.“ Grund genug um nachzufragen, weshalb gerade in dieser Ecke des Mühlviertels gelingt, was andernorts so oft zu scheitern scheint: dass sich ein ganzer Ort hinter „seine“ AsylwerberInnen stellt, und drauf und dran ist, Politik und Verwaltung in die Knie zu zwingen.

Zur Vorgeschichte Xhafer Malokaj floh 2002 aus dem Kosovo. Seine Existenzgrundlage war durch den Krieg zerstört, Familienmitglieder getötet. In Pabneukirchen fand der gelernte Fleischer Arbeit in der ortsansässigen Fleischhauerei und bald darauf konnte auch die Frau mit den drei Kindern nachkommen. Nun wandte sich das Glück wieder der vor Krieg und Verfolgung geflohenen Familie zu. Alle drei Kinder wurden der Reihe nach in der Volksschule eingeschult, was letztere vor

der Schließung einer Klasse bewahrte; der Vater machte eine bescheidene Karriere in der Fleischhauerei und stieg zum Vorarbeiter auf; die Mutter lernte Deutsch und fand Anschluss in der kleinen Gemeinde. Kurz: Die Integration der Familie schritt voran und ihr Asylantrag ging von Instanz zu Instanz. Doch im Juli 2006 waren alle Rechtsmittel ausgeschöpft, und die Be-

“PABNEUKIRCHEN IST DAS ZENTRUM DES WIDERSTANDS GEGEN DIE ASYLPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG.”

zirkshauptmannschaft Perg wurde mit der Abschiebung der Familie in den Kosovo beauftragt. Nachdem alle Interventionen im Innenministerium und auf politischer Ebene nichts gefruchtet hatten, entschlossen sich einige Freunde der Familie dazu, die Öffentlichkeit zu informieren. Robert Zinterhof veröffentlichte in der Mühlviertler Rundschau einen Arztbericht, in dem nachzulesen ist, dass die Mutter Antigone Malokaj selbstmordgefährdet ist. Die traumatisierte Frau will auf keinen Fall dahin

zurück, wo Bekannte und ihre Mutter ermordet worden waren. Frau Malokaj wurde Opfer jener Bestimmung, die es AsylwerberInnen nicht erlaubt, ihre Aussage, die sie in der ersten Instanz tätigten, zu ergänzen. Da sie vor der Erinstanz den Tod von Familienangehörigen nicht zu Protokoll gegeben hatte und ihre Traumatisierung nicht erkannt worden war, waren diese Umstände im weiteren Verfahren nicht existent.

Der Bericht erschien vor dem erwarteten Abschiebungstermin. Bezirkshauptmann Heinz Steinkellner setzte, alarmiert von der Selbstmordgefahr Antigone Malokajs, die Abschiebung auf unbestimmte Zeit aus, und Frau Malokaj wurde für eine Woche in das psychiatrische Krankenhaus Wagner-Jauregg in Linz eingewiesen. Bezirkshauptmann Steinkellner versprach der Familie, dass sie solange nicht abgeschoben werde, solange der Vater eine Arbeitsgenehmigung besitze. (Diese läuft im Übrigen im Dezember 2007 aus.)

Briefe ans Christkind Die dadurch gewonnene Zeit nützen nun die PabneukirchnerInnen, um sich verstärkt für den



letztere vor der Schließung einer Klasse bewahrte.

BLEIBERECHT

Unsere Flüchtlinge

Freunderwirtschaft statt

Verfahren. Nicht nur in Oberösterreich, praktisch in allen Bundesländern gibt es Gemeinden, die „ihre Flüchtlinge“ vor der Abschiebung schützen wollen. Und überall gleichen sich die Fälle. Meist sind es „gut integrierte“ Familien. In den Medien treten sie als Mitglieder der Ortsfeuerwehr oder als SchulsprecherInnen in Erscheinung. Dabei stellt sich die Frage: Wer kümmert sich um jene, die ihr privates Glück nicht im örtlichen Gesangsverein finden? Soll die Zuerkennung des Bleiberechts tatsächlich von Sympathien der KlassenkameradInnen abhängen? Davon, dass diese laut genug schreien?



Sebastian Schumacher, Fremdenrechtsexperte: „Wer den besseren Draht zum Innenminister hat, bringt seine Familie durch.“

Bräuchte es nicht ein rechtsstaatliches Verfahren, um ein – durch die Menschenrechte geltendes – „De-Facto-Bleiberecht“ jenen zuzusprechen, die Anspruch darauf haben? So drückte es auch Verfassungsgerichtshof-Präsident Karl Korinek aus. Der Fremdenrechtsexperte Sebastian Schumacher meint, es bräuchte beides: „Es ist begrüßenswert, wenn sich die Bevölkerung gegen den restriktiven Kurs einmischt.“ Letztlich handle es sich dabei aber

um Freunderwirtschaft. Schumacher:

„Wer den besseren Draht zum Innenminister hat, bringt seine Familie durch. Deshalb ist die Gewährung von humanitärem Aufenthalt in Einzelfällen kein Ersatz für ein rechtsstaatliches Verfahren.“ red

Verbleib der Familie einzusetzen. Der Gemeinderat beschließt einstimmig eine Resolution an das Innenministerium, in der er sich für ein Bleiberecht ausspricht. In einer Pressekonferenz bezeichnet ÖVP-Bürgermeister Johann Buchberger seinen Parteifreund Innenminister Günther Platter als Sturschädel. Die Volks- und Hauptschüler wenden sich an über tausend Briefen an das „Christkind“, mit dem Wunsch, dass die Familie Malokaj in Österreich bleiben darf. Auf den Kuverts dieser Briefe steht als Bestimmungsort aber nicht „Himmel“, sondern die Adresse des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers, des Vizekanzlers und zahlreicher anderer PolitikerInnen. Bundeskanzler Alfred Gusenbauer genießt die besondere Aufmerksamkeit der Pabneukirchner Bürgerinnen und Bürger. 100 Tage hindurch bekommt er jeden Tag ein Mail oder einen Brief in der „Sache Malokaj“. Weihnachtskarten, die einen abgebrannten Christbaum zeigen, mit dem Text: „So sieht es in meinem Herzen aus, wenn die Familie Malokaj abgeschoben wird.“ werden verschickt. Insgesamt verlassen in dieser Causa innerhalb eines Jahres etwa 8000 Briefe und Mails Pabneukirchen, und

die BürgerInneninitiative lässt sich immer etwas Neues einfallen, um die mediale Öffentlichkeit und die verantwortlichen PolitikerInnen und BeamtInnen nicht zur Ruhe kommen zu lassen.

Am Ende: ernstgenommen Die Aktion mit den Weihnachtskarten hatte für Robert Zinterhof auch ein berufliches Nachspiel. Die Schulbehörde „überprüfte“, ob er zu Brandstiftung und „Schülerelbstmord“ aufgerufen habe. Das konnte Zinterhof abschmettern. Er berief sich auf den Lehrplan, dem gemäß die SchülerInnen mit der literarischen Form des Inneren Monologs vertraut gemacht werden sollen. Die Postkarten seien so ein Innerer Monolog gewesen. Der Lehrer sieht hier einen jener Versuche, die BürgerInneninitiative einzuschüchtern. Der Umgang der Politik mit der Initiative verlief in drei Phasen: Zuerst wurde den PabneukirchnerInnen versprochen, eine individuelle Lösung für die Familie zu finden. Vorbedingung sei aber, dass sich alle ruhig verhielten und nicht an die Öffentlichkeit gingen. In der zweiten Phase wurde über mancherlei Kanäle Druck ausgeübt, und nun sei man in der dritten

Phase angelangt: Die AktivistInnen werden von der Politik ernst genommen. Damit ist die Zeit standardisierter Antworten vorbei, auf Briefe und Mails wird inhaltsbezogen geantwortet und gewünschte Kontakte (auch zu Mitgliedern der Bundesregierung) werden hergestellt. „Eine Ausnahme“ so wendet Zinterhof einschränkend ein, „bildet das Büro von Innenminister Platter. Hier wird immer noch gemauert.“ Hinter den Kulissen wurde auch schon an einer Einzellösung für die Familie Malokaj gearbeitet. Dem Vater, Fleischhauer-Vorarbeiter, sollte irgendwie der Status als „Schlüsselarbeitskraft“ zuerkannt werden. Ein Unterfangen, das allerdings an dem dafür vorgeschriebenen Mindestgehalt von 2.400 Euro scheiterte.

Ziel der BürgerInneninitiative ist aber mittlerweile nicht nur der Verbleib der Familie Malokaj, sondern sie will eine Art Präzedenzfall schaffen, auf den sich andere integrierte AsylwerberInnen berufen können.

Andi Wahl, Bauarbeiter und Kulturaktivist, ist Sprecher des Integrationskreises Niederneukirchen.

Wer künftig wissenschaftliche Informationen zum Thema Zuwanderung erhalten möchte,

INTEGRATIONS PIRATEN

Der unabhängigen Migrationsforschung fehlt das Geld. Indessen rüstet das ÖVP-Innenministerium den Integrationsfonds zum ideologisch genehmen Think Tank auf.

Text: Elvier Kühlraum

Was mich wundert“, sagt die wissenschaftliche Mitarbeiterin Helga Werner (Name von der Redaktion geändert), „ist, dass alle zu schauen, wie wir ForscherInnen sukzessive ausgehungert werden.“ Sie selbst zeigt sich ratlos: „Weiß denn keiner zu schätzen, was wir für die Integrationspolitik leisten?“ Frau Werner möchte ihren richtigen Namen lieber nicht in der Zeitung lesen. Sie zählt zu jener kleinen Gruppe an ForscherInnen, die in Österreich in einer unabhängigen Institution zum Thema Migration und Integration arbeiten. Derzeit noch. Dass sich die Dinge rasant ändern, hat Werner in den vergangenen Jahren selbst miterlebt.

Vorfeldorganisation Zur Zeit wird der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF) mit Hochdruck ausgebaut. Brisant daran: die Einrichtung befindet sich in direktem Einfluss der Österreichischen Volkspartei, der nachgesagt wird, auch auf diese Weise die Hoheit über den Integrationsdiskurs erlangen zu wollen. Beobachter sprechen davon, dass sehr gründlich vorgegangen werde, und zwar nicht nur finanziell. Während also die Migrationsforschung an den Universitäten und privaten Einrichtungen des Landes statistisch nachweisbar über die Jahre ausgetrocknet wurde, soll der ÖIF zur Wissen-

sagentur mit eigener Forschungsabteilung hochgerüstet werden. „Wer immer künftig wissenschaftliche Informationen zum Thema Zuwanderung erhalten möchte“, fürchtet Andreas Lepschi, Integrationsexperte der Grünen, „wird diese wohl vom ÖIF beziehen.“ Problematisch daran, so Lepschi: „Der ÖIF ist eine Vorfeldorganisation der ÖVP.“

Details streng geheim Gegründet wurde der ÖIF 1960 vom Innenministerium und dem UN-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR. 180.000 Ungarnflüchtlinge, die in Österreich Asyl erhielten, sollten integriert werden. Im Jahr 2002 kam die große Zäsur. Die schwarz-blaue Bundesregierung beauftragte den ÖIF mit der Durchführung der so genannten „Integrationsvereinbarung“. Sukzessive wurde der Fonds aufgestockt und mit allgemeinen Integrationsagenden auch für MigrantInnen ausgestattet. Zuletzt sorgte der Fonds unter der verstorbenen Innenministerin Liese Prokop für Aufregung: eine Studie kam zum Ergebnis, dass 45 Prozent der MuslimInnen in Österreich integrationsunwillig sind. Der ÖIF hatte die Studie gemeinsam mit der Sicherheitsakademie des Innenministeriums (SIAK) ausgearbeitet. Seit Sommer 2007 findet nun der Aufbau einer eigenen Forschungs-

abteilung statt. Details sind streng geheim, bekannt ist nur, dass Alexander Schahbasi diese Arbeit leitet. Schahbasi ist ein ehemaliger Mitarbeiter der SIAK.

Ideologische Schlagseite Auch wenn alle Beteiligten die Unabhängigkeit der Einrichtung betonen, gesteuert wird sie von einem Kuratorium, dessen Vorsitzender Mathias Vogl ist: seines Zeichens Sektionschef im Innenministerium und Autor der aktuellen Fremdengesetze. Sein Ministerium ist der Big Spender, 99,9 Prozent seines Budgets erhält der ÖIF von dort.

Alexander Janda, Geschäftsführer des Fonds, weist gegenüber MOMENT freilich jeglichen Vorwurf der Parteilichkeit zurück: „Das wäre angesichts der umfassenden, sachlichen und überaus engagierten Arbeit des Teams des ÖIF völlig unzutreffend.“ Janda gegenüber seien derartige Vorwürfe „bis dato nicht geäußert wurden“. Der „Unparteiliche“ wurde allerdings aus dem ÖVP-Generalsekretariat auf seinen Posten gehievt, verfügt also nicht nur über beste Kontakte zur Partei, sondern wurde seinerzeit von Prokop auch für den Posten des Kabinettschefs umworben. Eine Nähe, die heute auf fast skurrile Weise nachwirkt. Kaum eine Gelegenheit, die der ÖIF auslässt, um Prokop ein Denkmal zu setzen.





kommt am Integrationsfonds nicht vorbei

Zuletzt ein Liese Prokop-Integrationswohnheim und ein Liese-Prokop Integrationsstipendium. Für die tagtäglich mit den Auswirkungen des Fremdenrechts konfrontierte Flüchtlingshelferin Ute Bock wirkt das „ein bisschen wie die nachträgliche Heiligensprechung“ der Innenministerin.

Wissen zerschlagen Mittlerweile arbeiten über hundert MitarbeiterInnen für den ÖIF. Derzeit ist nur ein Bruchteil davon mit Forschungsagenden betraut. Falls die Integrationsplattform des Innenministers aber tatsächlich wie angekündigt auf empirisches Material zurückgreifen soll, muss dieses erst einmal produziert werden. Was liegt also näher, als den ÖIF selbst damit zu betrauen, hat er sich bei der Integrationsstudie bereits bewährt. Vorbei sind die Zeiten, als 1995 ÖVP-Wissenschaftsminister Erhard Busek einen Forschungsschwerpunkt „Fremdenfeindlichkeit“ initiierte und reichlich dotierte. „Diese Budgetlinie ermöglichte es rund fünfzig WissenschaftlerInnen, intensiv zum Thema Integration zu arbeiten“, erinnert sich die Forscherin Helga Werner. Ein Erkenntnisschub war die Folge. Die Forschungs-Community von damals ist mittlerweile aber versprengt, das gesammelte Wissen „ins Nichts verpufft“. Für Werner, angesichts von Migration als

ÖIF-GESCHÄFTSFÜHRER JANDA WURDE AUS DER ÖVP-ZENTRALE AUF SEINEN POSTEN GEHIEVT.

Schlüsselthema unserer Gesellschaft, ein „völlig unverständlicher Zustand“. Die Bestätigung für diesen Zustand liefert das Ministerium für Unterricht und Forschung fast selbst. Auf Anfrage, was denn im Bereich Migrationsforschung an Budgets vorhanden sei, verweist die Sprecherin von Minister Gio Hahn etwas hilflos auf die Autonomie der Universitäten. Um dann doch noch ein hauseigenes Projekt hervorzuheben. Die Kinder-Uni. Ein Tag der offenen Tür für Knirpse solle künftig auch „Kindern aus bildungsfernen Haushalten“ zugute kommen. Gemeint sind wohl MigrationInnen-Kinder.

NGOs schweigen lieber Bleibt die Frage, warum diese Entwicklung kaum jemanden stört. Die SPÖ lässt ausrichten, „keine Priorität“, dabei hatte sich SPÖ-Sicherheitssprecher Rudolf Parnigoni noch im Jahr 2002 bitter über die „Umfärbeaktionen“ im ÖIF beklagt. Heute hat das Migrationsthema bei der SPÖ offenbar eine andere Gewichtung, nämlich gar keine. „Die Parteizentra-



(Li.) v.l.n.r. Sektionschef Matthias Vogl, Innenminister Günther Platter, UNHCR-Vertreter Gottfried Köfner, und Integrationsfonds-Chef Alexander Janda
Bild: ÖVP/E. Weissenheimer.
(O.) Das Headquarter des Integrationsfonds im dritten Wiener Bezirk.
Bild: Privat

le glaubt, dass wir bei dem Thema nichts zu gewinnen haben“, beklagt ein Parlamentarier. Eine Einschätzung, mit der sich die SPÖ-Strategen durch das Nationalratswahlresultat vor einem Jahr bestätigt sehen dürften. Immerhin hatte die SPÖ ein halbes Jahr zuvor selbst das Fremdenrechtspaket mitbeschlossen. Aber auch im NGO-Bereich herrschen verhaltene Reaktionen. Freilich mit „guter“ Begründung: Weil der ÖIF eine gewichtige Rolle bei der Verteilung der Mittel des europäischen Flüchtlingsfonds spielt, sind die Flüchtlingsbetreuungen gewissermaßen abhängig von dessen Gunst. Offiziell ist der ÖIF zwar nur für die Evaluierung der Projekte zuständig, und die Entscheidungen trifft eine Kommission im Innenministerium. Sie stützt sich dafür aber auf „Zusammenfassungen“ des ÖIF. Die sehen so aus: Von den fingerdicken Projekteinreichungen fertigt der Fonds eine zweiseitige Zusammenfassung, versieht sie mit einer Punktwertung und bringt sie in Reihung. Selten, dass sich ein Mitglied der Kommission – durchwegs VertreterInnen anderer Ministerien – hervortut, um diese Reihung in Frage zu stellen.

Elvier Kühlraum arbeitet als freier Journalist in Wien.
Mitarbeit: Philipp Sonderegger

*Würden Sie
Herrn Ihr F
anvertrauen?*



*diesem
Kind*



Warum sich Arigona Zogaj versteckt hat.

Vom Rauchverbot der Gesundheitsministerin hält Monther Al Khaldi genau nichts und macht

DEEP, DOWN AND DIRTY?

Islamische Kulturzentren in Wien – eine Bestandsaufnahme in dunklen Kellerlokalen zwischen Terrorverdächtigungen, Shisha-Rauch und Kopftuchpflicht.

Text: Maria Sterkl, Berthold Eder und Rainer Schüller,
Bilder: Paul Sturm



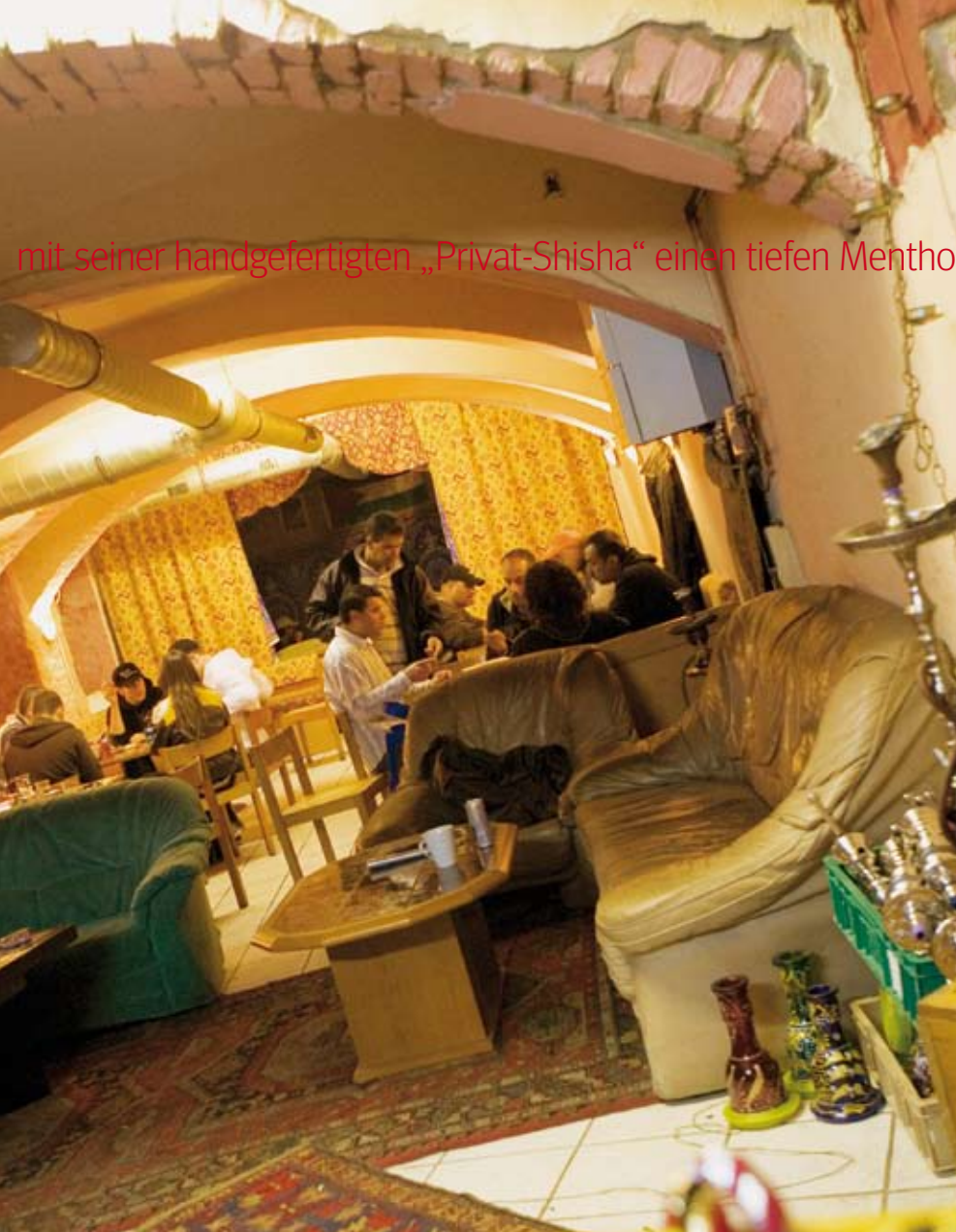
Wasserpfeifen
mit Menthol-
Geschmack
im Al Badyeh

El Kaida in Wien“ titelten die Zeitungen nach der Verhaftung von „Terrorverdächtigen“. Der Innenminister meinte zwar, es gäbe keine Gefahr, trotzdem wurde das Land von Politik und Medien als „terrorisiert“ und der Islam als „artfremd“ und generell verdächtig dargestellt. Die Regierung hat sich im Zuge der Aufregung an ihren Arbeitsauftrag erinnert, und ein Integrationsprogramm angekündigt, „damit die Menschen nicht in den Untergrund und in die Hinterzimmer getrieben werden“. Viele islamische Kulturvereine befinden sich jedoch jetzt schon in Kellerlokalen mit dunklen Hinterzimmern. Lauert hier die Terrorgefahr? MOMENT hat sich gemeinsam mit derStandard.at hinunter und hinein gewagt.

1. „Al Badyeh“ Verein zur Förderung der Arabischen Musik und Kultur, 6. Bezirk. Al Djazeera am Großbildschirm! Gleich beim Eingang ein Hinweis auf eine Ter-

rorzelle? Über den Screen flimmert jedoch nicht das aktuelle Bin Laden-Video, sondern Frauenfußball: Ghanesinnen gegen Australierinnen. Im Lokal sitzen unter den mehrheitlichen Männern auch viele junge Mädchen. Sie rauchen Shisha und trinken Fanta dazu. Komatrink-Gelegenheit gibt es auf Grund des Alkoholverbots nicht. Per Pfeifenaustausch wird angebandelt. Die Tabak-Geschmäcker reichen von Kirsche über Cappuccino bis Zuckermelone - zwei bis drei Euro das Stück. Paris Hilton ist auch da, zumindest sieht sie so aus.

„Wir werden Österreich säubern“, ver-lautbart Monther Abdel Hadi Ahmad Al Khaldi - kurz „Ali“ - der 33-jährige Vereinsobmann, der „aus Palästina“ kommt und seit zwei Jahren die österreichische Staatsbürgerschaft hat. Er denkt dabei aber nicht an Islamisierung, sondern an alte Autos. Bei der Verschiffung von schrottreifen Ösi-Karren in den Nahen Osten wittert der Ex-Taxler die große Kohle. Ziel des Vereins



mit seiner handgefertigten „Privat-Shisha“ einen tiefen Menthol-Lungenzug.



Monther Al Khaldi:
„Österreich ist
besser als viele
Länder in Europa.
Die Leute reden
mit dir.“

„Al Badyeh“, zu Deutsch „Wüste“: Die Erklärung der arabischen Kultur über Musik. Im Ramadan gibt es Gratis-Abendessen für Mitglieder. Diese kommen aus Jordanien, Indonesien, Ägypten, dem Libanon, rund

„Wir werden Österreich säubern“, verlautbart Monther Abdel Hadi Ahmad Al Khaldi - kurz „Ali“ - der 33-jährige Vereinsobmann, der „aus Palästina“ kommt und seit zwei Jahren die österreichische Staatsbürgerschaft hat. Er denkt dabei aber nicht an Islamisierung, sondern an alte Autos.

20 Österreicher sind auch dabei. Ali ist mit einer Wienerin verheiratet.

In Österreich wurde er als Anhänger des Islam noch nicht als „Terrorist“ bezeichnet, sein Bruder in England schon. Auch nach den Verhaftungen in Wien glaubt er nicht, dass es hier eine wirkliche Terrorszene gibt. Von den aktuellen Rauchverbots-Plänen der Gesundheitsministerin hält Ali genau nichts und macht mit seiner 15 Jahre alten handgefertigten „Privat-Shisha“ einen tiefen Menthol-Lungenzug.

2. Afghanischer Kulturverein „Maulana“, 3. Bezirk. Auf dem Tisch liegt die U-Bahn-Zeitung mit der Schlagzeile „Wiener El Kaida – Vierte Festnahme“, daneben ein abgegriffener Langenscheidt Per-

sisch-Deutsch – gesprochen wird Dari, das dem im Iran gesprochenen Farsi ähnelt. Der Fernseher zeigt ein Konzert des usbekischen Popstars Manija Dawlatova, live in Mazar-e-Sharif.

„Terrorismus? Ja, es gibt viele Attentäter in Afghanistan, jeden Tag sprengt sich jemand in die Luft. Ich weiß nicht, warum die in mein Land kommen und Probleme machen“, sagt Bakavoli Mohammadi Hossein. Vor sieben Jahren kam er aus dem Iran nach Europa. In Dänemark landete er

in einem winzigen Dorf: „Auf der Straße nur alte Frauen mit Hunden, und niemand hat begrüßt.“ Anders war das in Neulengbach in Niederösterreich: „Österreich ist besser als viele Länder in Europa. Die Leute reden mit dir.“

Den Club „Maulana“ (ein sufistischer Dichter) habe er vor drei Monaten gegründet, um Landsleuten bei Alltagsproblemen zur Seite zu stehen. Der Verein bietet Hilfe bei Wohnungs- und Jobsuche, jeden Samstag kann man sich zum Diskontpreis die Haare schneiden lassen, Kung-Fu-Kurse sollen folgen.

Neu sind die zwei Billardtische. Ein Spiel kostet tagsüber einen Euro, abends wird es teurer. Besonders beliebt ist auch das afghanische Kartenspiel Fiskot. Dazu gibt es vier Sorten Bier (auch alkoholfreies) ab 1,50 Euro, Cola, Fanta und mehr. Die Vereinsgäste bevorzugen Österreichisches: Red Bull ist der Mega-Seller im Keller. Frauen seien in Afghanistan nächtens kaum in Lo-

„Die Inder tragen auch Turban, darüber redet niemand!“



(o.) re. Bakavoli Hossein: „Ich weiß nicht, warum Terroristen in mein Land kommen und Probleme machen.“



kalen anzutreffen, hier im Verein hingegen schon: „Wir sind da offener.“

3. Union Islamischer Kulturzentren in Österreich, 2. Bezirk. Vorbeter Önder Hayta arbeitet im Zivilberuf als Tischler. Was er für seine religiöse Tätigkeit wissen muss, habe er hier im Verein gelernt: „Koranschulen wie in der Türkei gibt es in Österreich nicht.“ Im Ramadan werden nach der Andacht die Gebetsbänke beiseite geräumt und Tische für das gemeinsame Mahl aufgestellt. Die Kosten dafür übernehmen SpenderInnen, die dafür auf der Anschlagtafel des Vereins erwähnt werden.

Murat Arslan, hauptberuflich Billa-Angestellter, ist Vize-Obmann und Jugendbeauftragter. Den Verein gibt es hier seit 1993. Es herrscht Alkohol- und Rauchverbot. Die BesucherInnen sind mehrheitlich aus der Türkei. „I könnt' heut' gar nimmer

in der Türkei leb'n“, meint Arslan, der schon mit fünf Jahren nach Österreich gekommen ist, im Wiener Dialekt.

Beschwerden von AnrainerInnen wie in der Dammstraße im 20. Bezirk habe es hier

Was die Moschee-Besucher von „Terror“-Schlagzeilen über „radikale Moslems“ halten? Terror habe nichts mit dem Islam zu tun, ist die einstimmige Antwort.

nie gegeben, versichert Arslan. Ganz im Gegenteil: Einmal im Jahr veranstalte man ein Straßenfest, das auch bei Österreichern sehr beliebt sei. Stammgast im Gebetshaus ist auch Fahrettin Petzel, Physiotherapeut, der vom türkischen Nikolo-Geburtsort Myra stammt. Er vermutet, dass die Dammstraßen-Demo von politischer Seite inszeniert wurde. Was die Moschee-Besu-

cher von „Terror“-Schlagzeilen über „radikale Moslems“ halten? Terror habe nichts mit dem Islam zu tun, ist die einstimmige Antwort.

Das Kulturzentrum hat zwei getrennte Eingänge: Links für Männer, rechts für Frauen. Die Männer sind im Obergeschoß, die Frauen im Keller. „Kopftuch ist normal“, beschreibt Arslan die Bekleidungs-vorschriften für die Frauen. Petzel wirft ein: „Die Inder tragen auch Turban, darüber redet niemand!“ Der Vorbeter von oben wird per Bild und Ton zu den Frauen nach unten übertragen. Von unten nach oben gibt es keine Übertragung.

Maria Sterkl, Berthold Eder und Rainer Schüller, sind RedakteurInnen bei DerStandard.at

Langfassung der Reportagen mit Diashows unter <http://derStandard.at/Integration>



Unpolitische Skinheads

Lände. In Feldkirch wurden Mitte September zwei Skins verurteilt. Sie hatten den Kopf eines schlafenden 19-jährigen mit Fußritten traktiert. Der lag Monate im Koma und bleibt ein Pflegefall. Die Exekutive hat ein politisches Motiv „ausgeschlossen“. red

RASSISMUS

Was nicht dokumentiert ist, das gibt es auch nicht

Rassistische Straftaten werden in Österreich noch immer äußerst mangelhaft dokumentiert. Eindeutig rechtsextreme Straftaten werten die ermittelnden Behörden oft nicht als solche (siehe oben). Der Verfassungsschutzbericht für 2006 verzeichnet ganze 28 (!) rechtsextreme Straftaten. Allein SOS Mitmensch hat in diesem Zeitraum aber 500 rassistische Beschmierungen mit Inhalten wie „N... raus“ oder „Kill N...“ bei der Polizei angezeigt. Zudem wären die Behörden ganz generell verpflichtet, Straf-

taten immer auch auf ein mögliches rassistisches Motiv abzuklopfen. Immerhin erhöht das – als Erschwerungsgrund – vor Gericht den Strafrahmen. In der Praxis folgt die Polizei dieser Verpflichtung oft nicht. Nun hat ECRI (European Commission against Racism and Intolerance) in Paris die „Generelle Empfehlung Nr. 11“ herausgegeben. Die Kommission des Europarats fordert damit die Regierungen auf, ein wirksames System zur Dokumentation rassistischer Vorfälle einzuführen. <http://www.coe.int/ecri> red



Schubhaftzentrum in Leoben

Das Innenministerium hat den Bericht von MOMENT der letzten Ausgabe bestätigt, wonach in Leoben ein neues Schubhaftgefängnis gebaut werden soll. SOS Mitmensch kritisierte, dass „zur Schaufel“ gegriffen und ein neues Gefängnis gebaut wird, anstatt Maßnahmen zur Einschränkung der Haft zu setzen. red

Ausländergesetz bereits teilweise revidiert

Das Herzstück der Ungleichbehandlung von Drittstaatsangehörigen ist reformiert worden. Nach Kritik der Unis hat die Bundesregierung Korrekturen angebracht. MigrantenInnen in der Forschung profitieren. Verschlechterungen ergeben sich jedoch durch die Ausweitung der Saisonier-Regelung. red

Genfer Konvention gilt auch am Meer

Die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX missachtet Menschen- und Flüchtlingsrechte. Das ergibt ein Gutachten, das Pro Asyl und amnesty Deutschland in Auftrag gegeben haben. Flüchtlinge haben demnach das Recht, auch auf offenem Meer beim Kapitän der FRONTEX-Schiffe einen Asylantrag zu stellen. red



Bild: Jorge Boronat

COMMUNITY-VEREINE

Persisch-Kurse? Abgelehnt!

Die Stadt Wien fördert ausschließlich Deutsch-Kurse. Vielleicht, weil ihr die Bedeutung von Integration nicht klar ist. Eine Auffrischung.

Text: Herbert Langthaler



Bild: Shirin Neshat für die Publikation „Access for All“ <http://www.artaids.com/accessforall.html>

Mir Ghousuddin, Obmann des Afghanischen Kulturvereins in Österreich, ist frustriert: „Seit die MA 17 gegründet wurde, bedeutet Integration Sprache, und zwar Deutsch, sonst nichts. Ich habe dreimal, viermal versucht, Geld für unsere Kurse zu bekommen, aber nichts erreicht.“ Der Kulturverein wollte Dari-Kurse – das ist die persische Amtssprache in Afghanistan – anbieten, um den vor den Taliban geflohenen Lehrerinnen die Möglichkeit zu geben, in ihrem Beruf zu arbeiten. So könnte einer drohenden Dequalifizierung entgegengewirkt werden. Die MA 17, das ist die Magistratsabteilung für Integrations- und Diversitätsangelegenheiten, vergibt dafür allerdings kein Geld. Auch der Gesellschaft Iranischer Frauen geht es mit ihren ambitionierten Farsi-Kursen nicht anders.

Die ständige Gleichsetzung von „Integration“ mit „Assimilation“ hat dazu geführt, dass der Begriff Integration einen bitteren Beigeschmack nach Zwang und Anpassung bekommen hat. Dass der Integrations-Diskurs allerdings auch von den VertreterInnen von Flüchtlings-Vereinen selbst ganz aktiv geführt wird, zeigte sich im Rahmen der Studie zur politischen Partizipation von Flüchtlingen in der EU (1), die die asylkoordination Österreich erstellt. Integration bedeutet hier in erster Linie gleiche Chancen am Arbeitsmarkt, Anerkennung der in der Heimat erworbenen

Qualifikationen und gute Voraussetzungen für den Erwerb der Mehrheitsprache. Integration bedeutet, Netzwerke zu knüpfen, entlang derer ökonomische, soziale und politische Partizipation möglich ist.

Ganz wichtig ist daher der Aufbau eigener Strukturen, die eine Orientierung in der „neuen Heimat“ erleichtern aber auch das Aufrechterhalten von Verbindungen zur Herkunftsgesellschaft ermöglichen. Community-Organisationen sind ein Weg,

Ganz wichtig ist der Aufbau eigener Strukturen, die eine Orientierung in der „neuen Heimat“ erleichtern, aber auch das Aufrechterhalten von Verbindungen zur Herkunftsgesellschaft ermöglichen.

dieses notwendige soziale Kapital zu erwerben. Neuankömmlinge wenden sich zuerst an „Landsleute“, deren Sprache verstanden wird und die mit der zunächst fremden Gesellschaft schon vertraut sind. Diese Organisationen haben also eine wichtige Funktion als Türsteher und Integrationsagenturen. Wer Österreich als Einwanderungsland in Frage stellt und die Existenz von „Parallelgesellschaften“ beschwört, lässt aber diese schlummernden Ressourcen unerkannt. Gibt es zumindest für Türkisch und Serbokroatisch muttersprachliche ZusatzlehrerInnen, fehlen in anderen

Sprachen solche Angebote gänzlich. Auch hier springen Community-Vereine ein. Gab es in Wien zu Zeiten des Integrationsfonds noch fallweise Förderung für diese Kurse, sind öffentliche Gelder dafür heute völlig versiegt. Begründung: Es gibt so viele Sprachen in Wien, wenn da alle kommen würden...

Welche Vereine und Projekte die MA 17 nun tatsächlich fördert, ließe sich aus Protokollen rekonstruieren. Die gesammelten Daten – die wir für unsere Studie zur Partizipation von Flüchtlingen unbedingt benötigen – verweigerte man uns aber. Allerdings wurde uns versichert, dass man in der MA 17 einen Community-orientierten Ansatz verfolge. Es bleibt zu hoffen, dass dieser auch finanzielle Unterstützung der Basisstrukturen beinhaltet. Letztlich sind Förderungen für Community-Organisationen, auch wenn man der paranoiden Logik des herrschenden Sicherheitsdiskurses folgt, positiv zu bewerten. Förderungen bedeuten auch Kontakt und Kontrolle.

1) „Politische Partizipation und Repräsentanz von Flüchtlingen und AsylwerberInnen in der EU“ wird vom Wissenschaftsministerium im Rahmen des Forschungsprogramms ›node‹ (New Orientations for Democracy in Europe) gefördert. <http://www.node-research.at>

Herbert Langthaler ist Mitarbeiter der asylkoordination Österreich.

BRIEF AUS AMSTERDAM

Der andere Besuch auf einem Polizeikommissariat

Hallo FreundInnen,

Ich war jetzt bei der Politie, um den Diebstahl meiner Geldbörse zu melden (blöder langer Shopping-Donnerstag auf der Touri-Meile!). War ein durchaus bemerkenswertes Erlebnis, mit interessanten Überraschungen - jedenfalls für mich als Österreicherin. Jetzt weiß ich also, wie das so ist, bei der Amsterdamer Polizei Anzeige zu erstatten... Eine Dienstleistung eben.

Der Herr an der Rezeption im Besucherbereich war ein junger Hupfer in Zivilkleidung, maximal Anfang 20. An der Rezeption eine Menge Plakate. Darunter eins von einer Diskriminierungs-Melde-stelle mit vier Fotos von coolen jugendlichen MigrantInnen. Unter jedem Foto jeweils ein Begriff, entlehnt aus rassistischen Alltagserfahrungen: Beschimpft? Abgelehnt? Bespuckt? Zurückgewiesen? Darunter der Hinweis, sich an den Diskriminierungs-Meldepunkt zu wenden. Das ganze - eine Einrichtung der Gemeinde Amsterdam! (Und wo gibt's so etwas bitteschön von der Gemeinde Wien???) Ein anderes Plakat, gleich daneben: Politie Amsterdam zoekt nieuwe collegas. Heißt: „Die Polizei von Amsterdam sucht KollegInnen“. Dazu ein großes Poster von zwei Uniformierten in der Innenstadt: ein schwarzer Mann, eine weiße Frau. In Österreich kenne ich so was nur aus Filmen.

Ich erkläre dem Herrn Rezeptionisten mein Anliegen, er holt einen Kollegen (in Uniform), dem schildere ich auch noch mal was ich hier will. Er erklärt mir in aller Gemütlichkeit, dass ein weiterer Kollege die Anzeige aufnehmen wird, weil er dringend zu einem Notfall muss. Der nächste Kollege (aus asiatischem Elternhaus) kommt in Jeans und Poloshirt. Wir gehen in ein kleines, separates Besprechungszimmer im Eingangsbereich, und er nimmt die Anzeige auf. Auf Englisch, auch die Details, alles kein Problem. Wir rekonstruieren das Verschwinden meiner Geldbörse Schritt für Schritt.

In der ersten Version des Protokolls fallen mir zwei Fehler auf. Also Korrektur und neuer Ausdruck. Ich unterschreibe. Der collega muss das Papier noch seinem Vorgesetzten (dem „Manager“) zeigen. Ich frage, ob ich einstweilen in dem Zimmer warten kann. Er meint, muss ich nicht, ich könne mir gerne einen Kaffee oder Tee vom Automaten holen. Gute Idee, mache ich: Chocolat de Luxe! Der Automat steht im Eingangsbereich. Die Getränke sind gratis, wie ich verblüfft feststelle.

Er kommt wieder. Es muss noch etwas ergänzt werden. Also dritter Anlauf. Danach passt's. Er entschuldigt sich für die mehreren Anläufe, schließlich bin ich mittlerweile schon eine halbe Stunde hier. Freundlich (nix von wegen präpotent) ist er sowieso die ganze Zeit. Ich bekomme die fertige Anzeige ausgehändigt und zwei Seiten allgemeine Info dazu. Das ganze in einer schicken Flügelmappe im Corporate Design der Amsterdamer Polizei. Geschenke, Geschenke!

Auf der Mappe steht: „tot uw dienst“ (das heißt wohl: „zu Ihrem Dienst“ / „zu Diensten“). Recht so!

Marie

Marie Haderer

Marie Haderer studiert Jus in Linz.



Antirassismus-Plakat in Polizeistube: Beschimpft? Abgelehnt? Bespuckt? Zurückgewiesen?



Polizei Amsterdam-Amstelland sucht Nachwuchs: schwarz und weiß

„Wir sind alle hier Geschwister.“ Probleme mit den nicht-muslimischen LehrerInnen? „Im

AUSTRO-ISLAM

Mit Widersprüchen umgehen lernen

In Wien steht das einzige staatlich anerkannte Islamische Gymnasium der EU. Wie sich so eine Schule finanziert, welche Proteste sie erlebte und was hier Integration heißt, verrät der Religionslehrer und Ko-Initiator Kenan Ergün im Gespräch mit Baruch Wolski. Bilder: Bernhard Kummer



Kenan Ergün hatte in den neunziger Jahren mit Freunden die Idee, ein islamisches Gymnasium in Wien zu gründen. Heute arbeitet er dort als Religionslehrer.

BW: Das Islamische Gymnasium in Wien ist die einzige staatlich anerkannte muslimische Mittelschule in der EU. Wie das?

KE: Der Islam ist in Österreich eine anerkannte Religion. Unser Lehrkörper ist großteils aber nicht muslimisch, bis auf die Religions- und muttersprachlichen LehrerInnen. Wir suchen die Lehrkräfte aus, angestellt sind sie beim Wiener Stadtschulrat. Damit werden Bildungsstandards gewährleistet. Der Unterricht selbst erfolgt auf Deutsch, zusätzlich gibt es aber Türkisch- und Arabisch-Unterricht. Die Kinder sollen auch ihre jeweilige Muttersprache gut beherrschen.

BW: Wie kommt man auf so eine Idee?

KE: Ich arbeite seit 25 Jahren als Religionslehrer für muslimische Jugendliche. Ich



Die Klassen sind gemischtgeschlechtlich, getrennt wird nur gebetet.

dachte, in Österreich gibt es Gymnasien für christliche und jüdische SchülerInnen, aber keines für MuslimInnen. Auf Anfrage zu einer möglichen Gründung haben die Behörden gemeint, ja, warum nicht: wenn es SchülerInnen und ein Gebäude gibt, helfen wir euch.

BW: Das klingt sehr einfach.

KE: Ganz so einfach war es nicht. Wir brauchten ein passendes Gebäude, Startkapital, vor allem das Öffentlichkeitsrecht für die Schule, das war uns sehr wichtig. Wir wollen ja, dass unsere AbsolventInnen danach studieren. Ja, und auch die AnrainerInnen wollten erst überzeugt werden. Als wir das Projekt im Bezirk vorstellten, gab es sofort Proteste. Aber 1999/2000 war es soweit: Schulbetrieb, mit einer einzigen



Keriman Özkan, langjährige Schulsprecherin: „Wir sind alle hier Geschwister.“ Probleme mit den nicht-muslimischen LehrerInnen? „Im Gegenteil, wir wollen uns Ihnen gegenüber besser darstellen. Schließlich repräsentieren wir an der Schule den Islam.“ Und das Kopftuch? „Es wird von der Schulleitung nicht verlangt, trotzdem tragen die allermeisten Mädchen eines. Der Hidschab repräsentiert Moral und Würde.“

Klasse von 30 SchülerInnen. Jedes Jahr hat die Schule dann ein oder zwei Klassen dazubekommen. Und jedes Jahr haben wir das Öffentlichkeitsrecht beantragt und erhalten.

BW: Welche Proteste waren das?

KE: Vor allem die FPÖ behauptete, wir gründen keine Schule sondern ein fundamentalistisches Zentrum, in das täglich Tausende Leute hinein- und hinausmarschieren. Ein Gerücht war auch, dass islamische Staaten uns finanzieren würden. Das ist Blödsinn. Woher die Gelder kommen ist offengelegt, es kann jede/r Einsicht nehmen. Heute unterstützt uns der Bezirk und – sehr wertvoll – auch der Wiener Stadtschulrat. Was glauben Sie, an unserem jährlichen interreligiösen Fußball-

turnier nehmen das Jüdische, das Evangelische, das Katholische Gymnasium und andere Teil. Auch Sport verbindet.

BW: Sie sind Präsident des Schulerhaltervereins SOLMIT, Solidarisch Miteinander. Wie finanziert sich die Schule tatsächlich?

KE: Aus Spenden unseres Vereins. Und aus unserem Schwesterverein, der Islamischen Föderation. Ganz viele Gastarbeiterfamilien haben einfach tief in die Tasche gegriffen. Das Ergebnis: Wir sind bereits schuldenfrei.

BW: Die Islamische Föderation ist ein Dachverband türkischer Moscheengemeinden. Heißt das, Sie nehmen nur türkische SchülerInnen?

KE: Keinesfalls, das Islamische Gymnasium gehört der ganzen Umma, also der Gemeinschaft aller MuslimInnen. Knapp die

Hälfte der Kinder kommen aus arabischen Ländern, aus Bangladesch, Pakistan. Dass wir sehr offen sind, zeigt sich auch daran, dass wir alle vier Rechtsschulen des Islam unterrichten.

BW: Wie gehen Sie mit möglichen Widersprüchen zwischen Islam und Lehrplan um?

KE: Aus den USA kennt man den Streit zwischen Evolutionstheorie und Schöpfungslehre. Unsere BiologielehrerInnen unterrichten die Evolutionstheorie, die ReligionslehrerInnen die Schöpfungslehre. Wir haben alle gebeten, sich nicht in sinnlosen Diskussionen zu verlieren. Die SchülerInnen sollen den Stand der Wissenschaft und den des Glaubens kennen. Mit Widersprüchen müssen sie eben umzugehen lernen.



Schülerinnen
und Schüler
des islamischen
Gymnasiums.

ISLAMISCHES GYMNASIUM

Raus aus dem Milieu!

Die einzige öffentlich-rechtliche Islamische Mittelschule Österreichs hat im September 1999 ihre Pforten geöffnet. Die frommen Gründer-väter und -mütter stammen allesamt aus der Türkei und haben zumeist keine höhere Schule besucht. Eben so wenig wie die meisten Eltern der Kinder und Jugendlichen, die das Gymnasium heute besuchen. Früher war das unscheinbare graue Haus in der Rauchfangkehrergasse im 15. Wiener Gemeindebezirk eine Schmuckmanufaktur. Heute platzt es mit 14 Klassen und etwa 260 SchülerInnen aus allen Nähten. „Wir haben unsere räumlichen Kapazitäten ausgeschöpft“, sagt die Direktion. Eben erst schuldenfrei geworden, zögert man beim Kauf eines neuen größeren Gebäudes. Die Kinder selbst sollen es einmal besser haben. Von christlichen und muslimischen LehrerInnen strikt nach staatlichem Lehrplan unterrichtet, zeigen sie sich eifrig. Vor kurzem hat ein Jahrgang maturiert, unter dem Vorsitz des Landesschulinspektors persönlich. Von elf Maturantinnen haben sechs mit Auszeichnung bestanden. Der Landesschulinspektor meinte: „Die Mädchen sind ein Wahnsinn!“ Ziel der Schule ist, ihre SchülerInnen mit den Werten zweier Welten vertraut zu machen, sie fürs Leben zu rüsten, für die Universität sowieso. Dafür greifen die zumeist einkommensschwachen Gastarbeiterfamilien tief in die Tasche. 120 Euro zahlen sie pro Kind und Monat. Dass die Idee der InitiatorInnen der Schule nicht von ungefähr kommt, zeigt eine jüngste OECD-Studie. Österreich erhält darin schlechte Noten, was die schulische Ausbildung migrantischer Jugendlicher betrifft. Die Kinder bleiben, so der Bericht, hierzulande besonders oft in der sozialen Bildungsschicht stecken, aus der sie kommen.

BW: Integration ist in aller Munde. Leisten Sie einen Beitrag dazu oder fördern Sie nicht eher Segregation?

KE: Hauptproblem ist: Die muslimische Jugend kennt ihre eigene Identität nicht, während es ihr auch nicht gelingt, sich an die hiesige Kultur anzupassen. Bei uns lernen die SchülerInnen beides. Junge MuslimInnen, die ihre Wurzeln und Religion wie auch die Andersgläubigen, also die gesamte Gesellschaft, gut kennen, haben gute Chancen, den richtigen Umgang mit solchen Problemen zu finden. Erst Selbstvertrauen schafft ein Bewusstsein für Integration.

BW: Zuletzt gab es viel Wirbel über ein junges muslimisches Pärchen, das für Al-Kaida Drohvideos produziert haben soll. Die Spitze des Eisberges, wie einige Politiker meinten?

KE: Das sind verirrte MuslimInnen. Solche Leute schaden dem Islam – wir MuslimInnen selbst leiden darunter. Die beiden haben ganz offensichtlich die elementarsten islamischen Inhalte nicht verstanden. Sie sind das beste Beispiel dafür, wohin Identitätsprobleme im Ernstfall führen können.

BW: Die ÖVP forderte auf die Verhaftungen so-

gleich eine Wertedebatte ein, die FPÖ das Verbot von Moscheen- und Minarettbauten. Es fiel sogar der Begriff „artfremd“...

KE: Ich möchte daran erinnern, dass wir in einem Rechtsstaat leben, in Österreich besteht Religionsfreiheit. Der Islam ist als Religion und Kultur hier längst zuhause. Daher dürfen MuslimInnen natürlich auch ihre Gebetshäuser errichten. Dass das manche PolitikerInnen noch nicht verstanden haben, ist unglaublich. Zu der von Ihnen zitierten Rhetorik: das erinnert an die Dreißiger Jahre.

BW: Was ist der Auftrag des Islamischen Gymnasiums für die Zukunft?

KE: Wir wollen, dass unsere Kinder aus der Gastarbeiterrolle herauskommen. Wir leben hier, unsere Kinder sind hier geboren und gehen hier in die Schule. Wir sind keine Gäste. Auch wenn wir keine Wiener Würstchen, kein Schweinefleisch essen, haben wir hier doch etwas beizutragen. Die österreichische Gesellschaft soll uns als einen Teil von sich akzeptieren. Darum bemühen wir uns.

Baruch Wolski studiert an der Universität Wien und ist Mitglied des Kulturvereins Kanafani.

AUSLÄNDER IN HAFT

Fluchtgefahr

Wandern AusländerInnen schneller hinter Gitter als österreichische StaatsbürgerInnen? Nachgefragt bei Werner Zinkl, Vizepräsident der Österreichischen Richtervereinigung. Interview: Ernst Pohn

EP: Die Kriminalsoziologin Veronika Hofinger wies in MOMENT #8 auf eine Ungleichbehandlung hin: AusländerInnen werden für Delikte inhaftiert, für die StaatsbürgerInnen straffrei bleiben. Stimmt das?

WZ: Grundsätzlich sind vor dem Gesetz Aus- und Inländer gleich gestellt. Untersuchungshaft wird beispielsweise bei Flucht- oder Verdunkelungsgefahr verhängt. Gilt jemand als sozial nicht integriert, wird in vielen Fällen Fluchtgefahr angenommen. So gesehen trifft es zu, dass Ausländer eher in U-Haft kommen, weil bei Leuten mit Beruf und Familie das Fluchtrisiko geringer ist.

EP: Wann gilt jemand als sozial nicht integriert?

WZ: Wenn jemand zum Beispiel keinen festen Wohnsitz in Österreich hat und auch kein Einkommen. Wenn wir etwa nicht einmal wissen, wie die/der Verdächtige heißt, weil es auch keinen Reisepass gibt. In diesem Fall müssen wir Fluchtgefahr annehmen.

EP: Diese Fluchtgefahr wird vom Richter individuell beurteilt?

WZ: Ja, das entscheidet der jeweilige Untersuchungsrichter.

EP: Also kann auch beim Diebstahl einer Zahnbürste Haft drohen?

WZ: Bei normalem Ladendiebstahl, also wenn jemand nur eine Zahnbürste oder eine Flasche Parfüm mitgehen lässt, wird niemand in Haft gesteckt. Kann aber angenommen werden, dass der Täter gewerbsmäßigen Diebstahl begeht, dann sieht die Sache schon anders aus.

EP: Wann geht man von dieser Annahme aus?

WZ: Im Fall von präparierten Taschen. Das lässt weitere Diebstähle vermuten. Oder wenn jemand in mehreren Geschäften hintereinander gestohlen hat. Darauf steht ein höherer Strafraum, die Verhängung von Untersuchungshaft ist damit in vielen

Fällen gerechtfertigt. Zu berücksichtigen ist aber, dass die U-Haft nicht unverhältnismäßig zur mutmaßlich bevorstehenden Strafe sein darf.

EP: Das gilt für AusländerInnen und StaatsbürgerInnen in gleicher Weise?

WZ: Wie gesagt, vor Gericht werden alle gleich behandelt. Aufgrund der oben genannten Gründe, kommen aber Ausländer wahrscheinlich schon öfter in Haft. Aber nicht weil sie als Ausländer generell schlechter gestellt wären.

EP: Stimmt es, dass AusländerInnen auch weniger von der Diversion profitieren, also von Geldbußen oder gemeinsamen Leistungen?

WZ: Das kann insofern stimmen, als man für eine Geldbuße ein Einkommen braucht. Wer kein Geld hat, dem kann man nichts nehmen. Gemeinnützige Leistungen kommen bei Ausländer sicherlich in geringerem Maß zur Anwendung. Aber auch dafür gibt es Gründe. Es mangelt an Einrichtungen, in denen die jeweilige Sprache gesprochen wird. Es ist daher schwieriger, Leute ohne Deutschkenntnisse in soziale Einrichtungen zu schicken.

EP: Sehen Sie Reformbedarf?

WZ: Nicht, was die Ungleichbehandlung anbelangt. Generell würde ich aber darüber nachdenken, wie man Haft vermeiden kann, etwa durch anderen Umgang mit teils bedingten Strafen.

EP: Wie?

WZ: Haftalternativen könnten elektronische Fußfesseln, Hausarrest und mehr gemeinnützige Leistung sein. Dazu wären mehr Einrichtungen nötig, in denen gemeinnützige Leistungen erbracht werden können. Wenn es die gäbe, könnte man auch für ausländische Straftäter leichter Platz finden.

Ernst Pohn ist freier Journalist, u.a. für Die Presse und Die Furche.



Werner Zinkl, Vizepräsident der Österreichischen Richtervereinigung: „Brauchen mehr muttersprachliche Einrichtungen.“
Bild: Privat

FLÜCHTLINGSARBEIT

Warum geht der nicht arbeiten?

Der Verein Schmetterling bietet seit einem Jahr Lebenshilfe für Flüchtlinge. Im Interview wundert sich Gründerin Ursula Omoregie über den Informationsstand mancher ÖsterreicherInnen. Interview: Andreas Ungerböck



Ursula Omoregie, Verein Schmetterling: „Vorurteile sind revidierbar.“
Bild: Verein Schmetterling

AU: Wie kam es zur Vereinsgründung? Sie hatten ein eher ungewöhnliches Schlüsselerelebnis?

UO: Ja. Ich unterhielt mich einmal mit einem Mann, der aus Äthiopien nach Österreich geflüchtet war. Mitten in der Unterhaltung hörte er auf zu sprechen. Auf meine Frage, was los sei, antwortete er: „Ich denke an meine Mutter und habe auf einmal schreckliche Angst! Kannst du mich festhalten, so wie sie es tun würde?“ Ich nahm ihn in meine Arme und spürte das Zittern seines Körpers. Mittlerweile habe ich viele Flüchtlinge kennen gelernt, die mit Angst leben.

AU: Woher stammt diese Angst?

UO: Aus Erlebtem, aber auch aus der Situation hier. Seit der Verabschiedung des Fremdengesetzes weiß niemand, wann die Polizei an die Tür klopft und sie oder er in die Schubhaft gebracht wird. Dort geht die Angst weiter: Wann geht die Tür auf, und sie oder er wird zum Flughafen gebracht? Die Menschen stehen unter Druck, das kann man sich gar nicht vorstellen. Seit sie beim Verein sind, haben sie einen Funken Hoffnung. Sie finden wieder zu ihrer eigenen Persönlichkeit, die sie irgendwo auf der Flucht verloren haben.

AU: Wie helfen Sie?

UO: Wir unterstützen Menschen psychologisch und praktisch. Jenen, die keine Schlafstelle haben, oder sich in Krisensituationen befinden. Unlängst hat sich eine

Seit der Verabschiedung des Fremdengesetzes weiß niemand, wann die Polizei an die Tür klopft und sie oder er in die Schubhaft gebracht wird.

Frau an mich gewandt, deren Ehemann nach acht Jahren Ehe abgeschoben werden soll. Wir nehmen dann mit den Behörden Kontakt auf. Wir versuchen aber auch den Dialog zu fördern. Im Oktober veranstalteten wir gemeinsam mit Asyl in Not „Africa Unites“ – ein Clubbing im Wiener WUK, das auf ganz große Resonanz gestoßen ist. **AU:** Kümmern Sie sich speziell um AfrikanerInnen?

UO: Der Verein Schmetterling kennt keine Farben. Menschen, die hierher geflüchtet sind und Hilfe brauchen, erhalten diese auch. Ob Menschen aus Tschetschenien, Afghanistan oder Afrika. Die Hautfarbe hat einen viel zu hohen Stellenwert. Men-

schen, die diesbezüglich in Farben denken, machen das Leben für die, die nicht ihre Hautfarbe haben, unnötig schwer.

AU: Wie erklären Sie sich bestimmte Vorurteile, vor allem gegenüber afrikanischen Flüchtlingen?

UO: Die schwarze Farbe scheint bei uns schon immer bedrohlich zu sein. Das liegt möglicherweise in der Kinderstube begründet. Sie kennen den Kinderreim: Wer fürchtet sich vor'm schwarzen Mann? Ich denke, mehr Wert sollte auf die Antwort „Niemand“ gelegt werden, sie macht allen das Leben leichter.

AU: Wie begegnen Sie Vorurteilen?

UO: Vorurteile sind revidierbar. Erst heute wurde ich Ohrenzeugin einer Unterhaltung auf einer Parkbank: Ein Mann bettelte, eine Frau meinte: „Warum geht der nicht arbeiten?“ Und dann noch: „Dort drüben an der Ecke stehen immer so viele Schwarze, die auch nicht arbeiten!“ Für mich stellt sich dann die Frage, wie ist es möglich, dass diese Menschen nicht informiert sind? Wieso wissen sie nicht, dass Flüchtlinge kein Recht auf Arbeit haben?

Andreas Ungerböck ist Herausgeber des Filmmagazins ray.

MENSCHENHANDEL

Für andere sprechen

Lässt sich das Thema Frauenhandel anders als unter Tränen verhandeln? Anja Salomonowitz wagt es. Ihr Film „Kurz davor ist es passiert“ ist eine radikale Grenzverschiebung. Die Regisseurin spricht mit Marie-Noëlle Yazdanpanah.



Anja Salomonowitz:
„Den herrschenden
Bilderkanon
durchbrechen.“
Bild: Michael Kammeter

MNY: Wie sind Sie auf das Thema Frauenhandel aufmerksam geworden?

AS: Weil das Thema stark mit dem restriktiven Fremdenrecht verknüpft ist. Es wird immer von illegalen MigrantInnen gesprochen. Das System des Illegalisierens selbst wird aber nie hinterfragt. Genau darin liegt das Problem, weil die Täter dadurch ein unglaubliches Druckmittel in der Hand haben. Sie können zu den Frauen sagen: Wenn du nicht tust, was ich dir sage, wirst du ausgewiesen.

MNY: Wie kamen Sie mit den fünf Frauen ihres Films in Kontakt?

AS: Das Drehbuch ist in Kooperation mit dem Verein LEFÖ (1) entstanden. Das ist die einzige NGO in Österreich, die autorisiert ist, mit Betroffenen des Frauenhandels zu arbeiten. LEFÖ kooperiert mit dem Innenministerium: Wenn Polizisten bei einer Frau in Schubhaft vermuten, sie könnte von Frauenhandel betroffen sein, melden sie sich bei LEFÖ, wo ihr dann rechtliche und psychologische Hilfe, etwa auch eine Notwohnung angeboten wird. Der Verein hat mich sehr unterstützt, Bedingung war, dass die Frauen im Film nicht wiedererkennbar sind.

Wenn Polizisten bei einer Frau in Schubhaft vermuten, sie könnte von Frauenhandel betroffen sein, melden sie sich bei LEFÖ...

MNY: Wie haben Sie auf mediale Repräsentationen von Frauenhandel reagiert?

AS: Es ging nicht darum, gängige Darstellungsformen von Mitleid und Skandal zu reproduzieren, sondern darum, im Dokumentarfilm einen Prozess auszulösen – darüber zu sprechen, wie mit Geschichten von Betroffenen umgegangen wird. Betroffene sollten nicht noch einmal aussagen müssen, was ihnen angetan wurde. Normalerweise siehst du eine Frau, die ihre Geschichte unter Tränen erzählt. Was passiert aber, wenn jemand anderer ihre Geschichte erzählt? Lässt sich damit der herrschende Bilderkanon durchbrechen? Nimmt man die Geschichte dann wahr, kann dies funktionieren?

MNY: Der Film besteht aus zwei Ebenen: jener der Geschichten der Frauen, die selbst nicht im Bild sind. Und jener der Personen, die die Geschichten dieser Frauen erzählen, während sie selbst aber ihre eigenen Alltagshandlungen ausführen. Eine Verwirrstrategie?

AS: Ich wollte damit vor allem auf Machtverhältnisse verweisen: die Leute, die die Geschichten erzählen, werden solche selbst nie erleben. So funktioniert unsere Welt nicht. Ich wollte jene Strukturen freilegen, die diese Geschichten bedingen – die schlechte rechtliche Lage, in der sich die Frauen befinden. Strukturelle Gewalt, egal in welchem illegalisierten Arbeitsverhältnis. Migrantinnen sind prinzipiell auf vielen Ebenen Benachteiligungen ausgesetzt – und die gehen von Gesetzen aus.

MNY: Durch den Split der Erzählinstanzen wird auch die eigene Wahrnehmung geschärft.

AS: Das Publikum soll das Gefühl haben, zwei Filme gleichzeitig zu sehen: einerseits den Alltag der DarstellerInnen, andererseits die Geschichte der Frauen als Haupthandlung des Films. Daraus entsteht schließlich ein dritter Film: der der eigenen Vorstellung. Aus dem gesellschaftlichen Bewusstsein ausgeblendetes wird dadurch wieder Realität.

1) Verein LEFÖ: Beratung, Bildung und Begleitung für Migrantinnen. <http://www.lefoe.at>

Marie-Noëlle Yazdanpanah studierte Geschichte und arbeitet als Lehrerin in Wien.

SPOTLIGHT

Menschen in die erste Reihe geholt. Die 19-jährige MOMENT- und Bunte-Zeitung-Kolporteurin Carmen V. im Porträt. Sie erzählt warum sie Zeitungen verkauft und was sie dabei erlebt. Text: Michael Weiss

Wien, Schwedenplatz. Ein sonniger Sommernachmittag. Vier junge Männer machen lautstark auf sich aufmerksam. Zwei von ihnen haben das Bier noch in der Hand, die anderen beiden offensichtlich schon intus. „Woher bist denn du?“ schnauzt einer unvermittelt ein junges Mädchen an, das Zeitungen verkauft. Sie lässt sich nicht beirren. „Aus Rumänien“, entgegnet sie. „Was machst du da? Hast nichts Besseres zu tun?“ Sie lachen und ziehen mit einem derben Fluch weiter.

Erst kürzlich sei am Stephansplatz ein junger Mann auf sie zugekommen. Sie hatte ihn nicht als potentiellen Käufer eingeschätzt, er kaufte ihr neugierig ein Exemplar ab.

„Nicht alle sind so“, sagt die junge Frau, Carmen V., schulterzuckend. Erst kürzlich sei am Stephansplatz ein junger Mann auf sie zugekommen. Sie hatte ihn nicht als potentiellen Käufer eingeschätzt, er kaufte ihr neugierig ein Exemplar ab. Seit mittlerweile sechs Monaten ist die 19-jährige Rumänin als Kolporteurin in Wien unterwegs. Die 20-30 Ausgaben, die sie an guten Tagen unter die Leute bringt, helfen ihr unheimlich: „Das Geld ist schon eine große Hilfe. Anders würde es zurzeit nicht gehen.“ Vorher hatte sie bei ihrer Mutter und ihrem Stiefvater gewohnt, seit etwa einem halben Jahr braucht sie den Job, um sich ihr eigenes Leben zu finanzieren. Kleinere Beträge schickt sie ihrer Oma nach Rumänien.

Carmen lebt seit vier Jahren in Österreich. Ihre Mutter war drei Jahre vor ihr gekommen, und hatte nach der Scheidung in Rumänien hier zum zweiten Mal geheiratet. Aller Anfang ist schwer, Carmen war erst 15 und musste die Schule zu Ende bringen. „Als ich nach Österreich gekommen bin, habe ich kein Wort Deutsch gesprochen. Es war schwer, Kontakte zu knüpfen,



ich habe mich nicht getraut, weil ich die Sprache nicht konnte. Aber die Hoffnung stirbt als letzte“, sagt sie, und verbessert sich sofort. „Zuletzt. Man lernt jeden Tag Neues“, fügt sie mit einem Lächeln hinzu. Nach nur vier Jahren in Österreich ist ihr

Deutsch beeindruckend gut, auch die Kontaktschwierigkeiten hat sie abgelegt. Etwa ein halbes Jahr habe sie gebraucht, um erste Freunde zu finden, erzählt sie, heute ist ihre beste Freundin eine Österreicherin.

Nach der Schule hat Carmen eine Ausbildung zur Augenoptikerin begonnen. Dreimal pro Woche Berufsschule, danach geht sie Zeitungen verkaufen. Vier bis sechs Stunden ist sie dann unterwegs, meistens im 1. Bezirk. Touristen, sagt sie, seien zwar meist freundlicher als die Einheimischen, eine Zeitung kauften sie aber selten. Auch bei jungen Leuten ist es gar nicht so leicht. Von jeweils zehn Versuchen, schätzt sie, führen zwei bis vier zum Erfolg. Gezielt auswählen will Carmen die potenziellen Kunden allerdings nicht, sie geht auf jeden Menschen gleich zu.

Nach Abschluss ihrer Ausbildung will Carmen noch einige Jahre in Österreich bleiben, dann nach Rumänien zurückkehren. Wann es so weit sein wird, weiß sie selbst nicht genau. „Ich möchte in Rumänien ein besseres Leben führen als vorher. Ein paar Jahre wird das schon noch dauern. Aber so denke ich jetzt. Wer weiß, wie ich dann denke?“ Ausländerfeindlichkeit lässt Carmen inzwischen kalt. „Früher habe ich mich aufgeregt, das hat mir auch nichts gebracht.“ Wie sie diesbezüglich das Leben hier einschätzt? „No Comment. Aber Österreich gibt mir eine Chance. Und dafür bin ich dankbar.“

Michael Weiss geht auf die Fachhochschule für Journalismus in Wien.



Inkompetentes Innenministerium

Integration und Innenministerium, das passt nicht. Wenn es um Zukunftschancen für alle geht, meint Diakonie-Direktor Michael Chalupka über Platters Integrationsplattform, heißen die Schlüsselressorts: Bildungs-, Wirtschafts/Arbeits- und Sozialministerium. red



TRAUMATISIERT IN SCHUBHAFT

Schubhaft-Streit vor Gericht. Asyl-in-Not-Obmann kündigt Berufung an.

Michael Genner, Obmann von Asyl in Not, ist in erster Instanz verurteilt worden, weil er Innenministerin Liese Prokop als „Ministerin für Folter und Deportation“ bezeichnet hat.

Das Urteil ist nicht rechtskräftig, Genners Anwalt Alfred Noll kündigte bereits an, „notfalls bis nach Strassburg“ zu ziehen. Richterin Lucie Heindl-Koenig hatte

den Wahrheitsbeweis Genners und Nolls als „Wertungs-Exzess“ abgelehnt. Auf der Zeugenliste standen u.a. Bundeskanzler Wolfgang Schüssel – er selbst hatte in einem ZiB-Interview von Zwangsdeportation gesprochen –, sowie ein Experte für Trauma-Opfer. Seinen Ausführungen zufolge birgt die österreichische Schubhaft-Praxis für traumatisierte Flüchtlinge

die Gefahr einer Re-Traumatisierung, die nach internationalen Standards mit Folter gleichzusetzen ist. Die Richterin entgegnete, das sei dem Gericht bekannt, die Kritik gehe aber wegen des Begriffs „Deportation“ zu weit. Dieser werde in Österreich nun mal mit dem Nationalsozialismus in Zusammenhang gebracht. Ob Strassburg das auch so sieht? red

Rassismus nicht länger Privatsache

Langt die Polizei zu, ist die Medienöffentlichkeit wachsam. Rassistische Übergriffe von Privaten bleiben aber zumeist undokumentiert. Eine Fact-Finding-Mission der amnesty-international-Zentrale in London will dem entgegenwirken. Der Bericht wird voraussichtlich im Frühjahr 2008 präsentiert. red

Kampagne Flucht ist kein Verbrechen

Wieder einmal wird auf die Situation von Schubhäftlingen aufmerksam gemacht. Noch immer wird Schubhaft zu oft und zu schnell verhängt. Unter unzumutbaren Bedingungen. Flucht ist kein Verbrechen heißt die Kampagne des Forum Asyl. Ihre Unterschrift zählt auch diesmal. www.fluchtistkeinverbrechen.at red

Neues Buch: Konsumkritik, aber richtig!

MOMENT-Autor Robert Misik liest aus seinem neuen Werk: „Das Kultbuch – Glanz und Elend der Kommerzkultur“ ist eine Bestandsaufnahme von Konsum- und Lifestylekultur. Am 23. Oktober in der Bucherei der Stadt Wien, Urban-Loritz-Platz. Tags darauf in der Buchhandlung Morawa im ersten Bezirk. red



Robert Misik
Bild: Jacqueline Godany

NEUES VON DER BOCK

Von ihr kann man alles haben, nur kein Nein. Die Flüchtlingshelferin Ute Bock ist im wahrsten Sinn grenzenlos. Sozialarbeit: Der ganz normale Wahnsinn, Alltag in Wien.
Bild: Isabell Bickel



Was Wien nicht will

Unlängst ruft mich ein Vater von vier Kindern an, sie schlafen schon seit Tagen im Auto. An dem Tag hab ich eine Wohnung mit 30 m² angeboten bekommen. Also vermittele ich denen die Wohnung. Es dauert nicht lang, da ruft mich das Jugendamt an und beschwert sich, dass die Leute so beengt untergebracht sind. Und wissen Sie, was das Jugendamt gegen die Beengtheit unternommen hat? Nix. Ich hab dann mit dem Hausherrn gesprochen, es war möglich, eine zweite Wohnung dazuzunehmen. So schaut's aus. Grundversorgung hat die Familie auch keine, weil sich der Fonds Soziales Wien weigert – die Leute wären ja Niederösterreich zugeteilt. Warum die dort aber keine Wohnung mehr haben, wär' ja vielleicht auch ganz interessiert. Die Familie war in St. Pölten in einer Pension untergebracht und der Betreiber hat ihnen nur drei statt fünf Euro Taschengeld ausbezahlt. Daraufhin hat sich der Mann beschwert, das war's dann... weg war die Unterbringung. Dass man im Fonds weiterhin darauf beharrt, dass die Flüchtlingsfamilie zurück nach Niederösterreich geht, versteh ich überhaupt nicht. Ich hab den Zuständigen im Fonds gesagt: Jetzt hat der Mann

eine Wohnung eingerichtet, Türstöcke aufgestellt, einen Haufen Arbeit gehabt. Die Kinder gehen in die Schule. Ja glauben Sie, dass es gut ist, wenn die Kinder jetzt schon wieder die Schule wechseln? Darauf kommt die Antwort: Jetzt haben die Kinder schon so oft die Schule gewechselt, das ist auch schon egal. Im Fonds Soziales Wien herrscht mittlerweile schon so ein Druck, dass sie sich für jeden Menschen, den sie in die Grundversorgung nehmen, gleich rechtfertigen müssen.

Wieso Platter half

Vor kurzem war ich im ORF in der Sendung „Zum Thema“ eingeladen. Innenminister Platter hat dort behauptet, dass alle AsylwerberInnen in Österreich in der Grundversorgung sind. Ich hab ihm leider widersprechen müssen. Wir sind dann bis zwei Uhr früh zusammengessen. Genau so lang hat mir Platter zugehört. Viel hat er anscheinend wirklich nicht gewusst, er war betroffen und hat mir einen Kontaktmann im Innenministerium zugesagt, den ich für besondere Härtefälle kontaktieren kann. Es hat nicht lang gedauert, bis ich dort angerufen habe. Ein Nigerianer, er hat ein unbefristetes Visum und arbeitet hier, ist nach

Nigeria gefahren, weil seinem zweijährigen Kind ein Riesengeschwür am Hals gewachsen ist. Es ist wahrscheinlich Krebs. Er hat es fotografiert und in einem Krankenhaus in Österreich zur Diagnose hergezeigt. Mit dem Kontakt im Innenministerium ist es uns dann gelungen, ein Visum zu bekommen und das Kind herzuholen. Die paar Mal, wo ich im Ministerium angerufen habe, ist tatsächlich geholfen worden.

Das sind Angstmacher

Unlängst hat sich eine Familie bei mir gemeldet, die haben zwei behinderte Kinder. Das eine hat einen Herzfehler, das andere ist blind. Die Mutter hat mich angerufen, sie will nicht nach Traiskirchen zurück, weil sie Angst hat. Die haben jetzt den zweiten negativen Bescheid bekommen. Da haben sie ihr gleich dazugesagt: So, jetzt kommt die Fremdenpolizei und dann werden Sie abgeschoben. Können Sie sich das vorstellen? Das Verfahren ist noch gar nicht zu Ende und die Beamten verbreiten schon Angst. Das Ergebnis ist, dass sich die Leute nicht einmal mehr auf die Post zu gehen trauen. Da kann ich hundertmal sagen: Ich hab angerufen, dir passiert nix. balz

POPULÄRKULTUR

BUCH

Islam entschärfen



Er zieht gewagte Vergleiche wie jenen der sieben Kreuzzüge zur Eroberung Jerusalems, die militärisch und ökonomisch ähnlich sinnlos waren wie die US-Eroberung des Irak. Er dekonstruiert den Islamismus in seine geographischen und politischen Bestandteile, so dass von einer globalen islamistischen Bewegung nichts mehr bleibt als regionale Phänomene. Und er erzählt über den Propheten Mohammed, einen einfachen Sterblichen im Gegensatz zur verwegenen Konstruktion des

Propheten Jesus als tatsächlichen Sohn von Gott. Michael Lüders bemüht sich in seinem neuen Werk „Allahs langer Schatten“ vor allem abseits eingefahrener Perspektiven und durch logische Zusammenhänge zu erklären, was der Untertitel verspricht: Warum wir keine Angst vor dem Islam haben müssen. Das macht Lüders gewohnt sachlich und akribisch, ohne aber seine Begeisterung für die arabisch-islamische Kultur, in der er selbst Jahre verbracht hat, zu verbergen. Ein solider Leseband, bei dessen Lektüre am Ende jene Statistiken aus dem Einführungskapitel obsolet geworden sein sollten: Umfragen zufolge würden 98 Prozent der Deutschen den Islam mit Gewalt und Terror in Verbindung bringen und 96 Prozent mit Rückständigkeit. Zahlen, die tatsächlich Angst machen. red

Michael Lüders
Allahs langer Schatten
Verlag Herder
978-3-451-29664-2
20 Euro, 223 Seiten

FILM

ORF: Schwarze Löwen



Zuerst hatten sie einem Dorfklub zum Aufstieg in die nächste Fußball-Liga verholfen. Dann wurden sie abgeschoben. Die wahre Geschichte dreier afrikanischer Asylwerber, die im niederösterreichischen Eichgraben zu Helden wurden, verfilmt der ORF derzeit unter dem Titel „Der schwarze Löwe“. Vor der Kamera stehen Lukas Resetarits als Platzwart, Wolfgang „Trautmann“ Böck gibt den Trainer. Die in England gecasteten Schauspieler Hosh Kane, Sule Rimi und Robert Betrand spielen jene drei Spieler, deren Abschiebung auch die Dorfbewohner nicht verhindern konnten. Für Regisseur Wolfgang Murnberger

(„Silentium“) kein Einzelfall: „Immer häufiger ist in den Medien von Dörfern die Rede, die ihre Asylwerber vor Abschiebung zu schützen versuchen.“ Resetarits sieht in diesen Fällen jedoch „nur die Spitze des Eisbergs“. So wurde die Geschichte der renommierten Drehbuchautoren Rupert Henning und Uli Bree über zwei hoch emotionalisierte Themen wie Asyl und Sport letztlich auch zum kritischen Kommentar über verschärfte Fremdenetze. red

„Der schwarze Löwe“
U.a. mit Lukas Resetarits,
Wolfgang Böck, ORF-Sendetermin: Frühling 2008



Wörterverschnitt und Sprachensalat

Jani Oswald
at his best

Jani Oswald
Frakturen
 Gedichte | Pesmi | Poesia | Poems

inklusive Audio-CD (Live-Aufnahme einer literarisch-musikalischen Verkostung der »Bühstabenzupe« mit Kompositionen von Klaus Dickbauer)

BUH STÄREN ZUPE

www.drava.at

Jani Oswald »Frakturen«. Gedichte. Pesmi. Poesia. Poems. Edition Niemandland. Drava Verlag. Ln. geb., 88 Seiten. € 19,80 ISBN 978-3-85435-511-3

((szene)) im herbst 2007

www.szene.at

di 16	nuru kane & the keyhole grows / akli d.
di 27	laura lópez castro & don philippe
di 30	les boukakes / neshoua
mi 31	mercán dede
di 6	la vela puerca
di 13	fanfare ciocarla
di 9	orchestra baobab



BUCH

Gutmenschen aufrüsten



Die Schlagworte unserer Zeiten heißen Liberalisierung, Globalisierung, Beschleunigung. Die „Geldmenschen“ haben mit ihren neoliberalen Programmen die gesellschaftlichen Schalthebel fest im Griff. Egal ob in Politik, Wirtschaft oder Medien, überall setzen sie neue Spielregeln durch. Was das für die „Gutmenschen“ bedeutet, führt Christine Bauer-Jelinek in „Die geheimen Spielregeln der Macht“ aus. In unbekümmerter Alltagssprache beschreibt die Psychotherapeutin einen Konflikt, der in der Politikwissenschaft wohl etwas gestelzt als Gegensatz zwischen Idealisten und Realisten beschrieben würde. Die populär-sprachliche Schablonisierung hat aber durchaus Witz.

Egal für welche Strategien sich „Gutmenschen“ im Umgang mit den neuen Verhältnissen entscheiden, ob sie auf Anpassung oder Widerstand setzen. Wenn sie in der „schönen neuen Welt“ mitmischen wollen, sollten sie die neuen Regeln gut verstehen. Wie das geht, verrät Bauer-Jelinek ganz konkret: in der politischen Auseinandersetzung oder bei geschäftlichen Verhandlungen sollte besser mit Zahlen argumentiert, statt moralisiert werden. Außerdem warnt sie davor, die Karten offen auf den Tisch zu legen, der Anschein von Authentizität reiche auch. Letztendlich ginge es darum, für die richtige Strategie die richtige Machttechnik einzusetzen.

Ob sich die „schöne neue Welt“ gänzlich etablieren könne, sei freilich noch nicht entschieden. Bauer-Jelineks Sympathien gehören jedenfalls, das wird stellenweise deutlich, der „guten alten Welt“. Dass ihr selbst der Glaube an eine bessere Welt verloren gegangen ist, wird allerdings auch spürbar. red

Christine Bauer-Jelinek
Die geheimen Spielregeln der Macht und die Illusionen der Gutmenschen
 Ecowin Verlag
 978-3-902404-41-1
 22 Euro, 192 Seiten

BUCH

Randerscheinungen



September 2007. Unter eine Kundgebung gegen ein islamisches Kulturzentrum in der Wiener Brigittenau mischen sich Dutzende Mitglieder der verbotenen Neonaziorganisation Blood & Honour. Die Polizei schaut zu. Bei der Abschlusskundgebung wird eine Papp-Moschee hervorgezerrt, der Mob skandiert „anzünden, anzünden“. Zur Demonstration haben auch Landtagsabgeordnete von FPÖ und ÖVP aufgerufen.

Der Rechtsextremismus hat wieder Konjunktur. Als hätte er hellseherische Fähigkeiten, veröffentlicht Heribert Schiedel, Experte für Rechtsextremismus im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, just zu diesem Zeitpunkt eine

180 Seiten umfassende Bestandsaufnahme des österreichischen Rechtsextremismus. Und es gelingt ihm trotz des geringen Platzes ein leicht lesbarer Einstieg ins Thema, der alle wesentlichen Aspekte behandelt. Wie man es sich von einer Bestandsaufnahme erwartet, liefert Schiedel eine theoretische Einführung, eine kompakte Übersicht über aktuelle Entwicklungen der rechten Szene, Erklärungsansätze und Gegenstrategien.

Mehr noch: Anders als der Titel „Der Rechte Rand“ suggeriert, beschränkt sich Schiedel nicht nur auf die randständigen Erscheinungsformen des Phänomens. Er begreift Rechtsextremismus als militante Steigerung der gesellschaftlichen Normalität, als „bewaffneten Arm der Stammtische“. Der Sozialdarwinismus der Neonazis etwa sei nichts anderes als die radikalisierte Form der neoliberalen Konkurrenz-Ideologie. Deshalb richtet das Buch sein Augenmerk auch immer auf die ideologischen Wechselspiele zwischen Rand und Mitte. red

Heribert Schiedel
Der Rechte Rand
 Verlag Steinbauer
 978-3-902494-25-2
 22,50 Euro, 200 Seiten





ÖBV
Meine Versicherung

ServiceTel:
01/401 20-0
mail@oebv.com

www.oebv.com

Von Mensch zu Mensch

Die ÖBV ist die Versicherung für den öffentlichen Dienst. Solidarität und soziale Verantwortung sind uns die wichtigsten Werte. Unser Angebot ist nicht nur für Beamte, sondern für alle da – auch für Sie!



Mit der ÖBV durchs Leben

SO GESEHEN

Zwei Paar Schuh?



„Bist eine Schwuchtl?“, fragt der 15-jährige den Gleichaltrigen beim Blick auf dessen Converse-Schuhe. „Was hast?“, fährt ihn der an. Gute Frage. Converse-Träger haben etwas, was er nicht hat: Eltern mit Geld und höherer Bildung, AHS plus Aussicht auf sozialen Aufstieg. Man hört

Green Day und FM4. „Sind dir deine Lacoste-Schuhe nicht peinlich?“, holt Converse zum Gegenschlag aus. „Selber peinlich und keine Ahnung vom Leben“, findet der Lacoste-Träger. Seine Eltern haben wenig Geld und Bildung, Pflichtschulabschluss, er selbst muss früher ökonomisch unabhängig sein. Man hört Sido und Ö3. Alles Klischees? Alles Zufall? Die feinen Unterschiede, die gleichzeitig auch die großen sind?

„Hey, kleiner Mann, deine Armut kotzt mich an. Hast du keinen Vater, keine Mutter, die was kann?“ Das singen „Aggro Grünwald“, Schnösel-Hiphop aus München. Der Song

ist wohl Satire. Kann ja nicht ernst gemeint sein, wenn sich Villenbewohner mit fettem Konto von der Mutter in der Substandardwohnung bedroht fühlen, die mit dem Geld vom McJob zwischen Miete und Schulsachen für die Kinder wählen muss.

Verdächtig ist, dass sich hinter dem Projekt allerhand Youngsters aus der High Society tummeln. Die Armutskotzer speiben angesichts einer sich öffnenden sozialen Schere. Den Fragen nach sozialem Ausgleich ist dummerweise immer schwerer auszuweichen. Insofern schadet es nicht, sich öffentlich des eigenen Status zu versichern. Dass man was bes-

seres ist. Ob ernst oder lustig.

Zurück zu Converse und Lacoste. Übrigens wahre Geschichte, erlebt am Jugendlager. Im Laufe des Lagers haben sich die feinen Unterschiede, die die großen anzeigen, aufgeweicht. Für die Umwelt und gegen Armut ist der eine wie der andere. Und Schwächen und Verletzungen hat auch jeder. Es passiert nichts, wenn man sie zugibt. Auch die CDs sind herumgegangen. Was bleibt: Gemeinsames Jugendlager und segmentierter sozialer Alltag sind zwei Paar Schuh.

Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

Illustration: Petja Dimitrova

HORIZONT3000 – Österreichische Organisation für Entwicklungszusammenarbeit, 1040 Wien, sucht qualifizierte Fachkräfte mit hoher Sozialkompetenz, die ihr berufliches Know-how zugunsten der am meisten benachteiligten Menschen im Süden einsetzen:

**NACHRICHTENTECHNIKER/IN**

für Uganda

MARKETING EXPERTE/IN

für Kenia

KOORDINATOR/IN

für Papua-Neuguinea

ARZT/ÄRZTIN

für Mosambik

Einsatzdauer: 2 Jahre, abgeschlossene Berufsausbildung und -praxis erforderlich.

Information und Bewerbung:

<http://www.horizont3000.at>

Entwicklungspolitisches Interesse, soziales Engagement, Deutsch in Wort und Schrift sowie mehrjährige Berufspraxis werden vorausgesetzt.

HORIZONT
3000

www.horizont3000.at Österreichische Organisation für Entwicklungszusammenarbeit

MOMENT

Gazette für Menschenrechte 3/2007
SOS Mitmensch, SOS Mitmensch,
Postfach 220, A-1070 Wien,
http://www.moment.at



Gazette für Menschenrechte #9

**DIE REVOLTE VON
PABNEUKIRCHEN**
Flüchtlinge beschützen

AGAINST IDENTITY!
Wege aus der Identitätsfalle

DEEP, DOWN & DIRTY
In den Kellern des Islam



THE CHANGING GEOGRAPHY AND IDENTITY
**DER GROSSE
INTEGRATIONSSCHWINDEL**

Ja, ich will 4x jährlich MOMENT lesen

- StudentInnen/Selbstkostenabo 8,80 Euro
- Normalabo 40 Euro
- Förderabo 80 Euro
- Geschenksabo 40 Euro

Name: _____

Adresse: _____

Stadt: _____

E-Mail: abos@moment.at

Post: SOS Mitmensch, Postfach 220, A-1070 Wien

SOSMITMENSCH

WAS WURDE AUS...

...Herrn Onya und der Spende?

In einem Spendenaufruf an unsere Mitglieder und FörderInnen haben wir um Unterstützung für die Familie Onya-Haßlwanter gebeten. Herr Celestine Onya ist am 22. Februar 2007 nach Nigeria ausgereist, um seinen Antrag für die Aufenthaltsgenehmigung bei der zuständigen Botschaft in Abudja einzubringen. Ganz so wie das Fremdenpolizeigesetz es will. Zurückgelassen hat er seine Frau Nadja und fünf minderjährige Kinder, das jüngste gerade einmal sechs Monate. Bis zu neun Monate müsse sich die Familie schon gedulden,

hieß es bei der Behörde. Man könne den Fall ja nicht „willkürlich“ vorziehen. Da Herr Onya zu allem Überdross noch an einer schlecht verheilten Malaria-Erkrankung laborierte, wollte seine Frau ihn unbedingt besuchen. Eine finanzielle Überforderung für die Familie. Ein Bericht in der Tageszeitung „Der Standard“ hat die Geschichte abgekürzt. Der Fall wurde von der Behörde dann doch vorgezogen: Mit dem Spendenerlös konnte eine „rasche“ Rückreise organisiert werden – am 13. Oktober, „nur“ 234 Tage später. phs



Celestine Onya, Nadja Onya-Haßlwanter, 234 Tage gewartet. Bild: Privat

WAS WURDE AUS...

...den Ermittlungen in Bad Kreuzen?

Am 12. August verstarb die Flüchtlingsfrau Elisaveta D. aus Inguschetien in der Bundesbetreuungsstelle Bad Kreuzen. Die oberösterreichische Sicherheitsdirektion verzichtete auf Ermittlungen, obwohl AugenzeugInnen den Vorwurf der unterlassenen Hilfeleistung gegen den anwesenden Arzt erhoben. SOS Mitmensch und der

Verein demokratischer Tschetschenen in Österreich nahmen daraufhin die Aussagen der AugenzeugInnen in Eigenregie auf. Der Vorwurf der unterlassenen Hilfeleistung ließ sich nicht erhärten, aber die befragten Flüchtlinge erhoben neue Vorwürfe: Die fünfköpfige Familie der verstorbenen Flüchtlingsfrau habe in der Bundesbetreu-

ungsstelle Bad Kreuzen mit vier Betten auf rund 25m² das Auslangen finden müssen. Die schwangere Frau habe mit ihrem Mann ein Einzelbett geteilt. Wilhelm Brunner von European Homecare weist diese Darstellung zurück. Die Flüchtlinge hätten selbst entschieden, das fünfte Bett nicht zu verwenden und es abgebaut. phs

Personelles

Alexandra Petz hat SOS Mitmensch mit September verlassen, sie hat die jährliche Kunstauktion und verschiedene Sammelaktionen betreut. „Wir verlieren eine äußerst wertvolle Mitarbeiterin und wünschen ihr alles Gute bei ihren neuen Aufgaben“, sagt Geschäftsführerin Sabine Zhang. Die vakanten Agenden werden von Irene Holloway übernommen, die mit Anfang Oktober die neu geschaffene Fundraising-Position antreten wird. Holloway war zuvor für das Österreichische Hilfswerk tätig. phs

Ute Bock Preis

Den Ute Bock Preis für Zivilcourage vergibt SOS Mitmensch dieses Jahr nach Oberösterreich. Geplant ist die Verleihung für 10. Dezember in Linz. Die PreisträgerInnen werden im November bekannt gegeben. SOS Mitmensch hat diesen Anerkennungspreis im Jahr 1999 ins Leben gerufen. Geehrt werden Personen und Initiativen, die sich besonders um die Durchsetzung der Menschenrechte verdient gemacht haben. Die Flüchtlingshelferin Ute Bock war die erste Preisträgerin. phs

Klimaschutz

Der überwiegende Teil der SOS Mitmensch-Belegschaft benutzt öffentliche Verkehrsmittel oder das Fahrrad. Auch viele BesucherInnen des DOCK, des offenen Menschenrechtszentrums von SOS Mitmensch im 7. Wiener Bezirk, kommen mit dem Velo. Das hat des Öfteren zu einem Engpass bei den Radabstellplätzen geführt. Mit prompter Unterstützung des Bezirks wurden nun ausreichend Abstellplätze installiert. Wir bedanken uns herzlich an dieser Stelle. phs



Endlich Fahrradparkplätze für den Klimaschutz. Bild: Bernhard Kummer

ANDERE ÜBER SOS MITMENSCH

Menschenrechte? Ham ma eh!

Das größte Problem der Menschenrechte scheint mir hierzulande, dass die meisten Menschen glauben, dass wir kein Problem damit haben. Ein weites Feld für ein Magazin wie MOMENT.

In Österreich Menschenrechtsaktivist zu sein ist quasi ein nettes Hobby, das hat nichts Helldenhaftes und nichts Lebensbedrohendes, anders als in anderen Ländern. In Honduras und China, in Nepal oder im Iran, in der Türkei oder in Russland. Bei uns, da gibt es faire Prozesse, gute Haftbedingungen, respektvollen Umgang mit Minderheiten und Randgruppen. Ja, wir sind dabei bei denen, die die UN-Charta der Menschenrechte als eine der größten Errungenschaften des 20. Jahrhunderts ansehen und, na ja, so ungefähr kriegen wir auch hin, was da drinnen steht... Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden. (Art. 5) Jeder hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit. (Art. 22) Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit. (Art. 23) Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen, sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitmung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände. (Art. 25) In Österreich alles kein Problem? Aaron Rhodes, Direktor der Helsinki-Föderation für Menschenrechte, sieht das anders, er spricht von ausgeprägtem Rassismus und Fremdenhass. Sein letzter Bericht weist Österreich bei der Einhaltung der Menschenrechte im Mittelfeld der europäischen Staaten auf. Untersucht wurde die

Situation in 39 der 56 OSZE-Mitgliedsländer. So sei etwa kein anderes europäisches Land außer der Türkei im Vorjahr öfter vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wegen der Verletzung der freien Meinungsäußerung verurteilt worden. Es gebe trotz einer Verpflichtung gegenüber der UNO immer noch kein Gesetz gegen Folter. Das größte Problem sei der Umgang mit Ausländern. Asylwerber seien abgeschoben

Rassistisch motiviertes Fehlverhalten von Polizisten sei gestiegen. In den letzten Jahren sei die Akzeptanz gegenüber rassistischen und xenophoben Aussprüchen in der österreichischen Politik gewachsen. Menschenrechte ham ma eh ?

worden, obwohl deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen waren. Rassistisch motiviertes Fehlverhalten von Polizisten sei gestiegen. In den letzten Jahren sei die Akzeptanz gegenüber rassistischen und xenophoben Aussprüchen in der österreichischen Politik gewachsen. Menschenrechte ham ma eh ?

Die Publikationen der NGOs haben die unverzichtbare Aufgabe, die Diskussion im Land am Laufen zu halten. Deutlich zu machen, was bei uns und anderswo im Argen liegt und dass der ausgewiesene Platz im europäischen Mittelfeld ein echtes Armutszeugnis ist! Gute Ideen brauchen für ihre Verbreitung das geschriebene Wort, denn das gesprochene Wort ist wichtig, aber flüchtig. Schwarz auf weiß bekommen Gedanken Kraft und Beständigkeit, werden nachvollziehbar, Streitbar, lebbar. Jeder MOMENT kann da sehr viel bewirken.



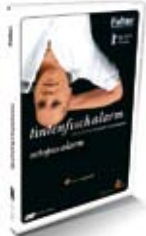
Barbara Stöckl zur Frage, was ein Menschenrechtsmagazin eigentlich bewirken kann.

Barbara Stöckl ist langjährige ORF-Redakteurin. Bekannt wurde sie durch die Moderation von Sendungen wie „Okay“, „Millionenshow“ und „Bei Stöckl“. Derzeit greift sie in „help tv“ Probleme aus dem sozialen und Gesundheitsbereich auf.

Illustration: Petja Dimitrova

Falters Feine Filme

Falters Feine Filme bieten ausgewählte aktuelle, vielfach mit Preisen internationaler Filmfestivals ausgezeichnete Spiel- und Dokumentarfilme.



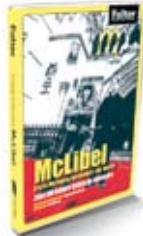
Elisabeth Scharang
TINTENFISCHALARM
Alex wirft als Intersexuelle/r die Einteilung in Mann und Frau durcheinander.

DVD € 19,90
Falter-Abonnenten: € 17,90



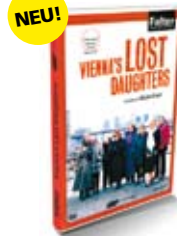
Benito Zambrano
HAVANNA BLUES
Mit zwei Musikern auf der Reise durch Kubas Elends und Havannas Schönheit.

DVD € 19,90
Falter-Abonnenten: € 17,90



Fanny Armstrong
MCLIBEL
Freie Meinung verändert die Welt! Zwei im Kampf gegen McDonalds.

DVD € 19,90
Falter-Abonnenten: € 17,90



Mirjam Unger
VIENNA'S LOST DAUGHTERS
Acht jüdische Frauen die vor den Nazis geflohen sind, berichten über Vergangenheit und Gegenwart.

DVD € 19,90
Falter-Abonnenten: € 17,90



Erwin Wagenhofer
WE FEED THE WORLD
Ein Film über Ernährung und den Mangel im Überfluss.

DVD € 19,90
Falter-Abonnenten: € 17,90



Stefan Ruzowitzky
DIE FÄLSCHER
Jüdische Meisterfälscher drucken unter den Nazis ausländische Devisen im großen Stil.

DVD € 19,90
Falter-Abonnenten: € 17,90



Michael Glawogger
WORKINGMAN'S DEATH
Verschwindet körperliche Schwerstarbeit oder wird sie nur unsichtbar?

DVD € 19,90
Falter-Abonnenten: € 17,90



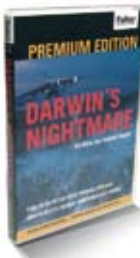
George Clooney
GOOD NIGHT, AND GOOD LUCK
Eine dramatische Aufarbeitung der McCarthy-Ara mit Parallelen zu George W. Bush.

DVD € 19,90
Falter-Abonnenten: € 17,90



Peter Krieg
SEPTEMBERWEIZEN
Die Erforschung der Ursachen des Hungers in einer Zeit des Überflusses.

DVD € 19,90
Falter-Abonnenten: € 17,90



Hubert Sauper
DARWIN'S NIGHTMARE
Eine Reise nach Afrika und in das Innere unseres Wirtschaftssystems.

DVD € 19,90
Falter-Abonnenten: € 17,90



Korschil und Simmler
ARTIKEL 7
Die wechselhafte Geschichte des Kärntner Minderheitenkonflikts.

DVD € 19,90
Falter-Abonnenten: € 17,90



Paul Rosdy
NEUE WELT
Eine Suche nach Konstanten im ehemaligen Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn.

DVD € 23,90
Falter-Abonnenten: € 20,90

Versandkostenfrei ab einer Bestellsumme von € 35,- bzw. bei Bezahlung mit Kreditkarte. Bestellen unter: www.faltershop.at, T: 01/536 60-928, F: 01/536 60-935, E: service@falter.at

Falter Verlag
Die besten Seiten Österreichs



Die Wiener
Volkshochschulen

www.vhs.at | Wir wissen weiter.



© Getty Images

[ENGER HORIZONT ODER GROSSE LEUCHE?]

Für Ihre berufliche und geistige Fitness!

Ob Sie sich beruflich fortbilden oder persönlich entfalten möchten, die 18 Wiener Volkshochschulen sind dabei Ihr idealer Partner. Die Palette an Kursen, Vorträgen und Lehrgängen der Wiener Volkshochschulen orientiert sich an den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen, für die wir arbeiten. **Allgemeinbildung, Business Skills, 2. Bildungsweg, EDV, Musik, Körper & Geist, Kunst & Kultur, Lifestyle, Sport, Sprachen, University Meets Public ...**



➔ www.vhs.at

☎ 01/893 00 83